

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2.- Reichsmark voraus zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Bildung und Reingarten“ sowie der Beilage „Unterhaltung und Wissen“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 31. Dezember 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Das Hochwasser im Rheinland.

Neue Regengüsse. Anwachsen der Gefahren.

Die gestrigen Regengüsse, die auch am Nachmittag und Abend anhielten, haben die Hoffnung auf ein Sinken des Rheinwasserspiegels...

Köln, 30. Dezember. (WTB.) Aus Koblenz werden starke Niederschläge gemeldet, die ein weiteres erhebliches Steigen des Rheins befürchten lassen.

Eine weitere Meldung aus Köln besagt: Der Rhein steigt hier immer noch um zwei Zentimeter stündlich.

Köln, 30. Dezember. (WTB.) Abends 7 Uhr betrug der Wasserstand in Köln 8,21 Meter und steigt stündlich noch um 4 Zentimeter.

Neuwied unter Wasser.

Neuwied, 30. Dezember. (WTB.) Infolge fortgesetzten Steigens des Hochwassers steht die Hälfte von Neuwied unter Wasser.

Neuwied, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Zum drittenmal seit 1920 wird die Stadt Neuwied von einer Hochwasserkatastrophe heimgesucht.

Trier, 30. Dezember. (WTB.) Der Betrieb der Mosellahnbahn ist auf der ganzen Strecke eingestellt worden.

Eberfeld, 30. Dezember. (WTB.) Auch die Wupper führt Hochwasser und ist bereits um 1 1/2 Meter über den normalen Stand

gestiegen. In Solingen ist der Fluß stark über die Ufer getreten und hat weite Biefenflächen überschwemmt.

Hagen, 30. Dezember. (TL.) Das Hochwasser der Volme nimmt immer bedrohlichere Formen an. Obwohl der bisher höchste Wasserstand vom Jahre 1890 bereits erheblich überschritten ist, steigt das Wasser infolge des anhaltenden strömenden Regens stündlich um mehrere Zentimeter.

Frankfurt a. M., 30. Dezember. Der Rhein zeigt heute vormittag am Frankfurter Pegel einen Wasserstand von 4,20 Meter gegen gestern 3,68 Meter.

Hochwasser in der Bremer Niederung.

Stade, 30. Dezember. (TL.) Katastrophal wirtzt sich das Hochwasser bei Bremer vorder See aus.

Die Bahnen am Harz gesperrt.

Magdeburg, 30. Dezember. (WTB.) Infolge Hochwassers ist die Bahnstrecke Borchum-Bienenburg stark gefährdet.

Aus Blankenburg wird berichtet, daß das Hochwasser der Bode fast sämtliche Brücken überflutet.

Halle, 30. Dezember. Infolge der Regenfälle der letzten Tage und der Schneeschmelze in den Thüringer Bergen ist auch die Saale im Steigen begriffen.

Schiffe in Not.

Schwere Stürme auf dem Atlantischen Ozean.

London, 30. Dezember. (WTB.) Die Blätter berichten über furchtbare Stürme im Atlantischen Ozean.

Der Stank und das AA.

Eine Erklärung von Marx.

Die Müde, die zum Elefanten gemacht wurde, ist endlich gefunden! Reichstanzler a. D. Marx überfendet, in Folge einer Reise verspätet, der „Germania“ eine Erklärung, die besagt:

Es ist falsch, daß die Zentrumspartei oder ich als ihr Vorsitzender in einem offiziellen oder auch privaten Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes oder des Völkerbundsekretariates den Antrag gestellt hätten.

im Vertrauen auf seine Diskretion

über diese Angelegenheit zu informieren. Ich werde es auch in Zukunft für meine Pflicht erachten, in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt diese Angelegenheit weiter zu verfolgen.

Dieses völlig einwandfreie Verhalten des Herrn Marx bildet den einzig-alleinigen tatsächlichen Ausgangspunkt der schamlos verlogenen Heftkampagne, die von der Rechtspresse inszeniert worden ist.

Der Brief des Herrn Marx ist das einzige corpus delicti, auf das sich die Anklage gegen das Zentrum und die Sozialdemokratie gründet.

Und über diesen Brief soll, nach Herrn Aschmanns Telegramm, das Völkerbundsekretariat „beunruhigt“ gewesen sein?

Das Völkerbundsekretariat selbst weiß von dieser Beunruhigung nichts, es weiß von den verschiedenen Listen nichts!

Was muß gestänkert, geklatscht, gehezt, gelogen und intrigiert worden sein, bis aus der Müde des Marx-Briefes der Elefant eines politischen Riesenstandals wurde?

Das Auswärtige Amt wäscht seine Hände in Unschuld. Das AA. ist davon überzeugt, daß Herr Aschmann und alle anderen Beamten korrekt gehandelt haben.

Woher hat Kiegl etwas von dem Brief erfahren, über den Herr Marx das Auswärtige Amt „im Vertrauen auf seine Diskretion“ informiert hat?

Wie kommt die so oft als Organ des AA. und als Blatt Stresemanns bezeichnete „Tägliche Rundschau“ dazu, aus ihrer besonderen Wissenschaft die schmutzige Lügenbeize zu unterfüttern?

Und wie ist das rätselhafte Aschmann-Telegramm entstanden, das so abgefaßt ist, als ob es geradezu dazu dienen sollte, den Berliner Strömling als Material zu dienen?

Aber wenn man auch glaubt, alle diese Rätsel zugunsten des Amtes auflären zu können, so bleibt seine Rolle in dieser Angelegenheit nichtsdestoweniger alles andere als ruhmvoll.

Es hat jede Aktivität vermissen lassen, in diesem Standal, der außenpolitisch schwer schädigend, innerpolitisch vergiftend wirkt, ein Ende zu bereiten.

Er wußte, daß die angegriffenen Parteien zu Unrecht angegriffen wurden, und hat es gebüdet, daß sich die Angreifer hinter seinem Rücken vertrohen, daß sie sich auf Informationen aus dem Amt beriefen, die sie entweder nicht hatten oder die ihnen von irgendeinem beamteten Schuster in verdrehter, verlogener Form gegeben worden waren.

So hat das Amt für die ganze Hege zweifellos eine gewisse Hilfsstellung eingenommen. Und wenn man annimmt, es habe dies ohne Wissen und Willen getan, so ist das kein Kompliment für seine politische Geschicklichkeit.

Zu all dem steht in auffälligem Gegensatz die Erklärung die Herr Stresemann im „Vorwärts“ abgegeben hat. Wir haben ihm dafür schon gestern unsere Anerkennung ausgesprochen.

dankebarer gewesen, wenn er statt mit uns, mit dem WTB oder mit der „Täglichen Rundschau“ in so reibungsloser Weise kooperiert hätte.

Er hätte dann den — zweifellos falschen — Schein vermieden, als ob er sich in den „Vorwärts“ flüchten müsse, um die Wahrheit sagen zu können.

In der Öffentlichkeit — so in der „Vossischen Zeitung“ — ist schon ein gewisses Erstaunen darüber geäußert worden, daß die Erklärung des Herrn Außenministers nicht durch WTB verbreitet worden ist. Das Erstaunen wird noch größer sein, wenn man erfährt, daß die Redaktion des „Vorwärts“ diese Erklärung sofort an WTB weitergegeben hat und nur im Vertrauen auf den Eifer dieses Bureaus es unterlassen hat, sie direkt an die anderen Berliner Redaktionen weiterzugeben.

Dieses Vertrauen in den Eifer des WTB ist ebenso enttäuscht worden, wie — scheinbar — das Vertrauen des Herrn Marx zur Discretion des Auswärtigen Amtes.

Sonderbare Zustände, fürwahr! Was vertraulich ist, scheidet in entstellter und verlogener Form durch. Was aber für die Öffentlichkeit bestimmt ist, dem verbarriadiert man nach Kräften den Weg. Die Lüge marschiert, die Wahrheit wird angehalten.

Und die Lüge marschiert weiter. Der „Vokal-Anzeiger“ hat die Stirn zu schreiben:

Das es sich nicht um einen Schritt der Partei als solcher oder des Parteivorstandes als solchen gehandelt hat, haben wir hier von Anfang an festgestellt.

Dabei hatte seine und des „Tag“ gemeinsame „Nacht-ausgabe“ am 24. d. M. geschrieben:

Ueber das Ausland wird bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei und die Zentrumspartei durch offizielle Schreiben den Generalsekretär des Völkerbundes ersucht haben, Angehörige der Partei als Mitglieder des Völkerbundes auszuwählen, wenn Deutschland in den Völkerbund eingetreten ist. Beide Parteien haben je drei Vertreter namhaft gemacht. Diese Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes wurden ohne Einvernehmen mit dem Auswärtigen Amt abgeschickt.

Seht erklärt Stresemann: Ueber einen Schritt der Sozialdemokratischen Partei beim Völkerbundessekretariat ist im Auswärtigen Amt nichts bekannt.

Dazu schreibt der „Vokal-Anzeiger“: Der Sozialdemokratischen Partei, wohl verstanden, nicht eines prominenten Parteimitgliedes. Ueber das Wesentliche der Angelegenheit erfährt man aus dieser Erklärung also überhaupt nichts.

Der „Vokal-Anzeiger“ unterstellt damit Herrn Stresemann, er wisse wohl etwas von „einem Schritt eines prominenten Parteimitglieds“, nur nichts von einem offiziellen Schritt der Partei. Er unterstellt ihm, er habe nur ein formales Dementi gegeben und damit tatsächlich eine Unwahrheit befundet.

Und die „Nacht-ausgabe“ spielt das Amt gegen den Minister aus:

Wir können uns, wie nochmals festgestellt sei, mit der Befähigung unserer Meldung durch die „Tägliche Rundschau“ und durch die gefräßige halbamtliche Mitteilung des Auswärtigen Amtes, auf die sich das Auswärtige Amt heute abermals bezieht, begnügen. Also das Amt hat „alles bestätigt!“

Wird, kann das Amt dazu schweigen?

„A la Holstein“.

Das Geheimnis des Ushmann-Telegramms.

Die „Voss. Ztg.“ schreibt:

Es entsteht die Frage: Wie ist der Bericht des Generalkonsuls Ushmann zustande gekommen? Das Auswärtige Amt komme uns nicht mit der Antwort: Ausweislich seiner Akten sei keine Aufforderung an den deutschen Generalkonsul zur Berichterstattung ergangen. So plump wird so etwas natürlich

nicht gemacht. Es kommt darauf an, festzustellen, ob und von wem „auf dem Privatwege“ (à la Holstein) eine entsprechende Anregung dem Generalkonsul zugestellt worden ist.

Für jeden, der sich nicht an die Akten hält, sondern die Tatbestände sprechen läßt, sind die Zusammenhänge ja ziemlich klar. Der ehemalige Reichskanzler Marx hat in dem hohen Maß von Aktuarität, das ihm als alten richterlichen Beamten eigen ist, sich für verpflichtet erachtet, von seiner privaten Mitteilung nach Genf dem Auswärtigen Amt Kenntnis zu geben. Diese Mitteilung hat zwar nicht in Genf, aber im Auswärtigen Amt beanruhigt. Und dort hat irgendeine Stelle es für richtig befunden, eine Gegenmine zu legen. Das ist geschehen, indem man zunächst den deutschen Generalkonsul zu einem Bericht aufgefördert hat. Dann sind der Hugenberg-Presse entsprechende Mitteilungen über die Vorgänge zugegangen. Wer an diesen Indiskretionen beteiligt ist, entzieht sich natürlich der öffentlichen Kenntnis. Und darüber können auch wir keine Vermutungen aufstellen. Aber uns scheint, daß der Außenminister Dr. Stresemann doch ein lebhaftes Interesse daran haben müßte, einmal festzustellen, ob es Kanäle gibt, die vom Auswärtigen Amt zu einer Presse führen, die den Kampf bis aufs Messer gerade gegen seine Person als eine Spezialität betreiben.

Die gleiche Vermutung äußert die „Köln. Volksztg.“:

Daß Reichskanzler a. D. Marx in gutem Glauben handelte, hätte ja schon daraus herorgehen können, daß er dem Auswärtigen Amt von seinem Schreiben, das übrigens, wie sich jetzt ergibt, nicht seiner persönlichen Initiative entsprungen ist, loyal Kenntnis gegeben hat. Vielleicht könnte man eher die Frage aufwerfen, ob Herr Marx sich nicht getäuscht hat in der Mentalität des Geheimrats bzw. der einen oder anderen beamteten Persönlichkeit in Genf oder in Berlin, oder ob es deswegen künftig nicht als geboten erscheinen muß, gewisse Personalfragen, die man sonst deklariert nicht gleich an die große Öffentlichkeit bringt, auf einem mehr direkten Wege zu behandeln.

Es wird also bezweifelt, ob man überhaupt noch mit dem WTB über eine vertrauliche Angelegenheit vertraulich sprechen kann. Wahrlich, ein nettes Kompliment!

Kommt Drummond nach Berlin?

Genf, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Entsprechend einer Berliner bzw. Pariser Meldung soll sich der Generalsekretär des Völkerbundes demnächst nach Berlin begeben, um über die Befetzung gewisser Stellen im Sekretariat mit der Reichsregierung Besprechungen zu führen. Diese Meldung wird hier als sehr unwahrscheinlich bezeichnet. Etwas werde Sir Eric Drummond kaum seine Ferien im Berner Oberland unterbrechen wollen, und außerdem erscheine es ausgeschlossen, daß er nach Berlin reise, bevor das Eintrittsgesuch Deutschlands im Völkerbundessekretariat eingegangen sei.

Gegenüber der Veröffentlichung des Auswärtigen Amtes über die Mitteilungen des hiesigen deutschen Konsulats lehnt das Völkerbundessekretariat während der Abwesenheit des Generalsekretärs die Abgabe irgendwelcher offizieller Erklärungen ab.

Vergleiche und Reminiszenzen.

Zum Genfer Skandal.

Der Äußerung der Rechtspresse und die ostentativen Helfersdienste, die dabei von gewissen amtlichen Stellen, sei es in Berlin oder in Genf, geleistet werden, wecken die Erinnerung an einen Vorgang, der sich im September 1924 abspielte und gewisse auffallende Analogien mit den jetzigen Treibereien aufweist.

In den ersten Tagen der Völkerbundtagung von 1924 meldeten die „DZ.“ und andere Bürgerblockblätter aus Genf, daß Graf Harry Kehler sich dort angeblich in offiziöser Mission aufhalte und Fühlung mit den fremden Delegationen ausgenommen hätte. Die Rechtspresse forderte die Reichsregierung auf, Kehler unerbittlich zu desavouieren.

Sofort erschien in der „Zeit“, der Vorgängerin der „Täglichen Rundschau“, das gewünschte Dementi. Und das Auswärtige Amt sorgte prompt dafür, daß das WTB dieses Dementi des Stresemann-Organs auch überall verbreitete. Das geschah mit folgender Erklärung:

„Zu der Behauptung, der bekannte Pazifist Graf Harry Kehler sei vom Auswärtigen Amt als „offizieller Beobachter“ nach Genf geschickt worden, teilt die „Zeit“ mit, daß daran kein wahres Wort ist und daß Graf Kehler, falls er sich wirklich als eine Art offizieller Persönlichkeit gebärden sollte, dazu keine Berechtigung besitzt.“

Dieses offiziöse Dementi war eine plumpe und ungeschickte Fälschung: dem Kehler war tatsächlich von der Reichsregierung der Regierung MacDonald gegenüber als Genfer Mittelsmann bezeichnet worden und erfüllte mit voller Kenntnis des Auswärtigen Amtes und sogar mit Chiffrierbefugnis diese nützliche Rolle. Die englische Regierung fragte in Berlin an, ob man sie zum Narren halten wolle, und Graf Kehler gab ebenfalls zu verstehen, daß er sich diese Bloßstellung nicht gefallen lassen würde. Seht erklärte Herr Dr. Stresemann in einer Pressekonferenz:

„In den Kreisen der Reichsregierung ist man übrigens der Ansicht, daß Graf Kehler seine Rolle in Genf nicht als offizieller Beobachter, sondern in einer offiziellen Mission korrekt gespielt habe. Der Name des Grafen Kehler ist einer auswärtigen Macht auf Wunsch für irgendwelche notwendige oder mögliche Vermittleraufgaben genannt worden.“

Also ein glatter Widerruf des ursprünglichen Dementis! Heute wie damals wird von der Rechtspresse eine verlogene Hege betrieben, die sich einst nur gegen eine einzelne völkerverbundfreundliche Persönlichkeit richtete, heute aber die zwei größten Parteien der Linken treffen soll.

Heute wie damals leistet das Sprachrohr Stresemanns diesen Treibereien Vorschub: nur hieß es damals „Die Zeit“ und heute heißt es die „Tägliche Rundschau“.

Heute wie damals gibt die Presseabteilung der Reichsregierung durch Veröffentlichung zweideutiger Erklärungen den Verleumdern die Möglichkeit, ihre Lügen eine Zeitlang zu wiederholen.

Heute wie damals muß schließlich der Reichsminister Stresemann selbst unter dem Druck der Verleumdungen durch eigene Erklärungen von diesen Treibereien abrücken. Nur zeigte das WTB — lies die Presseabteilung — damals viel größeren Verbreitungseifer gegenüber der unwahren Auslassung der „Zeit“, als heute gegenüber der Erklärung Stresemanns an den „Vorwärts“.

Heute wie damals endlich war Genf der Ursprung der Verleumdungen. Heute wie damals gruppiert sich der Skandal um den Namen Ushmann. Damals war Herr Ushmann, der zu den rechtsgerichteten deutschen Sonderkorrespondenten, darunter zu dem in Genf weilenden Herrn Otto Kriegl rege Beziehungen unterhielt, über die Mission Kehler sehr ungehalten, erstens weil er sich als der ortsansässige deutsche Generalkonsul für den gegebenen offiziösen Mittelsmann hielt und durch die Entsendung Kehler zurückgesetzt fühlte, zweitens weil er überhaupt dem Völkerbund wenig sympathisch gegenüberstand.

Worüber ist Herr Ushmann diesmal ungehalten? Diese Vergleiche und Reminiszenzen beruhen natürlich nur auf Zufällen. Auf seltsamen Zufällen allerdings.

Das Seest-Frühstück Ichtischerins. Der Frühstücksbefehl Ichtischerins bei General von Seest soll nach Meldungen der Berliner Presse ein unliebsames Nachspiel gehabt haben, indem England durch seinen Botschafter habe wissen lassen, daß „Zwischenfälle dieser Art den angenehmen Beziehungen zwischen Deutschland und England, wie sie in der letzten Zeit geherrscht hätten, kaum zuträglich sein könnten“. Gegenüber diesen Behauptungen wird an zuständiger Stelle erklärt, daß England weder schriftlich noch mündlich, noch in irgendeiner Form bei dem Auswärtigen Amt vorstellig geworden sei.

Der griechische Ministerpräsident Pangalos hat durch Erlaß verfügt, daß jeder Kandidat für die am 10. Januar stattfindenden Senatswahlen einen Revers unterschreibt, in dem er die republikanische Staatsform ausdrücklich anerkennt.

Wanderschrift.

Die Lichtreflexe schreit in großen Buchstaben auf das Verleugergewimmel der Metropole. Feurige Ornamente tauchen auf und versinken im nächsten Augenblick in tiefstes Dunkel. Irgend eine geheimnisvolle Hand schreibt feurige Buchstaben an die Wand. Sie tauchen auf aus dem Nichts, wandern, wandern, werden Worte und formen sich zu Sätzen.

Ein feiner Regen spritzt auf das fiebernde Pulsen der Großstadt da unten: auf das Hasten menschlicher Arme, auf laufende, klingelnde, elektrifische Bahnen, die durch die stumme, konzentrierte Energie einer erhobenen Schupphand plötzlich stocken und sich mit Autobussen, Kraftdroschken und Postfuhrwerken zu förmlichen Wagenburgen türmen. Nur einen Augenblick: der zusammengeballte Haufen ergiebt sich wie die Blutkörperchen in den Blutgefäßen durcheinanderwirbelnd in die Schlagadern der Weltstadt bis in ihre feinsten Verzweigungen an der Peripherie.

Wunder der Technik! Oben schreit mit tausend und abertausend Flammen die Lichtreflexe und die Wanderschrift hinunter in das quirkende Gewimmel.

Seltsame und verwöhnte Menschen. Kaum, daß sie einen Blick hinauswerfen in das strahlende Gefunkel. Flugzeug, Radio und Wanderschrift sind Selbstverständlichkeiten geworden, des Radedenkens nicht mehr wert. Ist es ein Wunder, wenn die jetzige Generation sich das Wandern abgewöhnt hat?

Sieh hinaus, kleine, zappelnde, menschliche Ameise! Sofort wird dir die Flammenchrift irgend eine goldene Lebensregel mit Kleinflethern in die erschauernde Seele brennen:

„Deutsche, trinkt deutsches Bier —“ (das muß vom guten Professor Bornhof sein, der allen Biertrinkern eine Freude machen wollte).

— den allein echten französischen Kognak — (psuff)
— Gräfin Bothmer haltenlassen —
— in Paradiesbetten —
— auf Mittelmeerreisen, 1. Kajüte, Mindestpreis 1200 M. —
— bei fortwährender Erwärmung ohne Niederschläge —

Welche Fälle von Verheißungen, Aufforderungen, Feststellungen und Voraussetzungen träufelt da durch das Zwischlicht der Bogenlampen auf dich hernieder. Da oben steht es, was zu deinem Glück unbedingt erforderlich ist, du arnische Kreatur. Du bist scheußlich materialistisch, lächelst blöde, stemmst die Aktenfächer fester unter den Arm und überlegst, ob du nicht doch lieber von der nächsten Haltestelle mit der Elektrischen fährst, sinemalen sie bis zu deiner Behausung um 5 Rentenpfennige billiger ist als der fortschrittliche Autobus.

So sind die Menschen! Doch wie du dich mit Lebensgefahr auf den Hinterperron deines vorläufiglichen Behaltens quälst, schreibt die unsichtbare Hand mit Feuerbuchstaben den lapidaren Satz als Meldung einer Tageszeitung an den Himmel:

In der letzten Woche haben in Berlin 74 Personen Selbstmord verübt.

Einen einzigen Augenblick nur; dann versinkt die feurige Schrift in das geheimnisvolle Dunkel.

Bisitten tauchen auf. Die Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Not, letzter verzweifelter Kampf und schließlich Wegwerfen des einen einzigen, kostbaren Lebens wie Blunder, und so Tragödie auf Tragödie bis zum Ende im Schauhaus — vierundsteibenzig in einer Woche — eine grauenerregende Zahl.

Du lächelst nicht mehr? Begreiflich. Das schreiende, drohende „Menetekel ugharsia“, weithin sichtbar, hat mit Flammenschrift — nur einen einzigen Augenblick — das wahre Gesicht, die gräßlich entstellte Larve der Großstadt und unserer wilden Zeit gezeigt.

Der entfesselte Silvesterbazillus.

Die Naturdokter der Sübsee glauben einer heiligen Pflicht zu genügen, wenn sie bei Todesfällen sowohl, wie bei Geburten sozial Klamauf machen, wie sie nur irgend mit ihren sinreich erdachten und geschickt gehandhabten Geräten zu inszenieren vermögen. Sie glauben dadurch die bösen Geister zu verschrecken, die sich der scheidenden Seele auf dem Weg in die ewigen Jagdgründe oder Kokospalmenhaine feindlich nähern oder die im Augenblick der Geburt eines neuen Lebens dieses mit dem Pesthauch des Unglücks anwehen möchten.

Wir „besseren Leute“ sind ja im Grunde ebenso wilde Kreaturen. Nur sind Straßengesetz und Polizeiverordnungen unserer mächtig geworden und schlagen uns vor uns selbst. Aber genau, wie es im Sklavenregime des alten Rom einen Tag gab, an dem die Sklaven den Herrn spielen durften, so drückt auch bei uns die hohe Obrigkeit einmal im Jahre beide, meistens auch pünktliche Augen zu und läßt die lieben Kinder einmal ungestraft alles tun, was sonst unachtsamlich geahndet zu werden pflegt.

So schickt man sich denn an, den bösen Geistern, die etwa das Neujahr 1925 veranlassen möchten, uns noch länger zu beglücken, den gebührenden Empfang zu bereiten und ertränkt alle träben und mißtrauischen Gedanken gegen das junge Jahr rechtzeitig in allen nur erreichbaren und bezahlbaren Flüssigkeiten. Ach, wie gut haben es die, die erst im nächsten Jahr Pleite machen! Sie können sich noch die richtigen Stoffe leisten.

Allerdings, wenn man sich so die Programmwürde der großen Berliner Gaststätten ansieht, kann man sich des Gedankens nicht erwehren, daß auch Neujahr ein ganz gutes Mittel für die Silvesterbazillenkultur abgeben können. Der durchschnittliche Bekhenschmaus für 1925 sieht etwa folgendermaßen aus: Beluga-Kaviar — Austern — Ochsenschwanzsuppe — Helgoländer Hummer in Borwein — Geträufelte Poularde — Salat Lorette — Silvester-Bombe mit Feingebäck, Halbgetrocknetes — Roquefortschinken mit Selerie — Berliner Pannkuchen. Und kostet 30 bis 35 M. Wenn man dazu bedenkt, daß diese Dinge nur das notwendige Uebel darstellen, mit dem man sich befallen muß, um dem obligaten, mehr oder weniger standesgemäßen Affen, den man sich im Laufe des Abends anschaffen muß, ein würdiges Postament zu errichten, so ergibt sich mit zwingender Gewalt der Schluß, daß die Pleite des abgelaufenen

Jahres doch nicht gar so arg gewesen sein kann, oder aber die düstere Ahnung, daß der Grundstein zu mancher Pleite erst am Silvesterabend gelegt werden wird.

Nach oberflächlicher Berechnung heffen die Berliner Gastwirte, Hoteliers, Cafe- und Kabarettbesitzer rund 2 Millionen Berliner denart zu Windbeständen von 3 bis 4 Mark an ins neue Jahr befordern zu dürfen. Jedes Etablissement, das etwas auf sich hält, hat seine Spezialübertragungen, sein Spezialkonzert, eigene Zucht von Papierschlangen und wessen es sonst noch zu Silvester bedarf. Ungefähr 4000 Silvesterappellen werden den erforderlichen Klamauf besorgen, 800 außerordentlich engagierte Schauspieler, Sänger und Kabarettisten werden dem alten Jahr die letzten Stunden vererben und dem neuen Vorschauforderungen flechten. Schließlich werden 19000 Keller die Silvesterfreude salbieren und damit die erste „Börsenstimmung“ im neuen Jahre zeitigen.

Aber wer sich dergleichen nicht leisten kann, gebe sich seinen träben Gedanken hin. Auch im „Schoße der Familie“ gehet der Silvesterbazillus. Er ruht in der Füllung des Berliner Pannkuchens, wohl eingebettet in Sägespäne oder Papiermaché, er lauert, von sachkundiger Tertiarerhand sachgemäß angebracht, unter den Stuhlbeinen, so daß der ahnungslose Gast im Augenblick, wo er sich niederlegt, meint, das Jahr noch mit einer Höhenfahrt beschließen zu müssen — aber dafür ist der Punsch auch weitaus erseuerlicher, als in irgendeinem Lokal, der „Polnische Karpfen“ — in Warschau gibt man zu Silvester „Berliner Karpfen“, gut bürgerlich genannt ist beides Karpfen in Bier — entscheidend der getrüffelten Poularde vorzuziehen und schlimmstenfalls kostet die ganze Geschichte — eine Verlobung.

Abel als Striefe. Im Radio war gestern abend der „Raub der Sabinerrinnen“, der für's normale Gustastentbedürfnis von den Brüdern Schönhan schon vor mehr als 40 Jahren geschrieben wurde, zu hören. Hestig wie immer tobte der Kampf um die Aufführung des grandiosen Römerdramas, das den Herrn Professor Gollwisch zum Verfasser und zum Verbrecher hat. Jedem machte es großes Vergnügen, Alfred Abel als Theaterdirektor Emanuel Striefe zu erleben. Abels Gesichtslang war nicht ganz so, wie es im Lande des früheren Genies Brauch ist, aber es wirkte doch immerhin komisch genug, um alle Pointen hübsch zur Geltung zu bringen; nur die berühmte Verteidigung der Sabinere mißlang am Ende des zweiten Aktes. Gegen die ganze Aufführung, an der ferner noch Karl Ebert und Maria Paulier vom Staatstheater besonderes Verdienst hatten, wäre somit nichts weiter einzuwenden, als etwas Grundtägliches: Warum bringt man außer diesem alterproben, aber doch vor allem situationskomischen und somit unzufälligen Bühnenschwänzen nicht mehr lustigere? Das Funktspiel muß etwas anderes sein, als das Lustspiel auf der Bühne, vor allem brauchen wir es wirksamer, gedrängter und ideenreicher. Man wird einwenden, daß es solche Lustspiele eben nicht gibt. Dieser Einwand ist bedingt richtig. Aber sollte er nicht gerade Veranlassung sein, um so fleißiger auf die Suche zu gehen? Veranlassung vielleicht, ein Preisausschreiben zu veranstalten, das geeignete Rundfunkspiele ans Tageslicht und auf die Radiowelle fördert. Oft genug wurde von uns der Ruf gehört: „Junge Dichter vor die Front!“ — hier aber versagen zurzeit die Offiziere. Und gerade für Berlin mäht dieser Waffenstillstand schon zu lange,

Entlastungszeugen gib's nicht! Warum die Vernehmung belgischer Zeugen abgelehnt wurde.

Die Ablehnung des Wiederaufnahmefahrs im Prozeß Wandt erregt immer größere Verwunderung. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die ganze Beweisführung des Reichsgerichts gegen den beschuldigten Schriftsteller Wandt zusammenbricht, wenn bewiesen werden kann, daß die in Frage stehende Urkunde, deren „Auslieferung“ (1921) angeblich Landesverrat darstellen soll, schon zwei Jahre früher im belgischen Besitz war, und daß diese Auslieferung nicht durch Wandt erfolgt sei. Zeugen dafür können naturgemäß in erster Linie nur Belgier sein. Das Reichsgericht hat aber sowohl bei der Beurteilung, wie bei der Entscheidung über den Wiederaufnahmeantrag die Vernehmung der vorgeschlagenen belgischen Zeugen abgelehnt. Aus welchen Gründen das geschah, das berichtet der Verteidiger Wandt, Genosse Kurt Rosenfeld in einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“, das einige Fragen wegen dieser Nichtvernehmung gestellt hat. Rosenfeld schreibt u. a.:

Sie fragen zunächst, warum Wullus vor dem Reichsgericht nicht vernommen worden ist. Diese Vernehmung hätte ich seinerzeit in der Hauptverhandlung beantragt. Sie ist aber vom Reichsgericht mit der Begründung abgelehnt worden, daß die Aussage des Herrn Wullus deshalb nicht beweiskräftig sei, weil er als Teilnehmer an der Tat des Angeklagten in Betracht komme.

Sie fragen ferner, ob jetzt wenigstens Schritte getan sind, um Herrn Wullus zu vernehmen. Hierauf kann ich antworten, daß in dem von Herrn Rechtsanwalt Obuch und mir gemeinsam gestellten Wiederaufnahmeantrag auch die Vernehmung des Herrn Wullus beantragt worden ist. Diese Vernehmung ist aber jetzt vom Reichsgericht, aus denselben Gründen wie in der Hauptverhandlung, abgelehnt worden!

Trotz dieser Entscheidungen des Reichsgerichts soll und darf es aber nicht bei dem rechtskräftigen Urteil des Reichsgerichts bleiben, das auch ich in Übereinstimmung mit Ihnen nur als ein Fehlurteil betrachten kann.

Das „Berliner Tageblatt“ richtet an das Reichsjustizministerium die Anfrage, wann endlich es zu diesem Prozeßskandal das Wort nehmen wolle.

Wir fürchten, daß auch diese Frage vergeblich sein wird. Herr Luther, der das Justizministerium „geschäftsführend“ verwaltet, wird wahrscheinlich wenig Neigung haben, gegen das Reichsgericht Stellung zu nehmen. Aber daß er das Verfahren des Reichsgerichts und damit die Rechtsverweigerung billigen könnte, wagen wir selbst Herrn Luther nicht zuzutrauen.

Fall Himmelsbach und Bayern. Unnütze Gärten.

München, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Seit dem Prozeß der Firma Gebrüder Himmelsbach gegen den Redakteur des Fachblattes „Holzmarkt“ in Berlin, in dem einige Direktoren der Firma gegen Beamte der bayerischen Forstverwaltung beleidigende Äußerungen gebraucht hatten, hat die bayerische Regierung die Firma Himmelsbach von den Holzversteigerungen in den bayerischen Staatswäldern ausgeschlossen. Dieser Boykott hat zur Schließung der in Bayern gelegenen Holzverarbeitungsbetriebe der Firma geführt, wobei rund 1000 Arbeiter und Angestellte brotlos gemacht wurden. Die Firma hat wiederholt versucht, durch lokale Erklärungen die Streiksituation, die früher auch im Freistaat Hessen bestand, dort aber längst beigelegt wurden, aus dem Weg zu räumen. Aber das zuständige bayerische Finanzministerium hat sich unter dem Druck gewisser wirtschaftlicher und politischer Gruppen hartnäckig gezeigt. Nunmehr hat die Firma neuerdings im Namen des Aufsichtsrats und der beiden Direktoren Joseph und Oskar Himmelsbach dem bayerischen Finanzministerium eine Erklärung zukommen lassen, in der die im

Jelly Valtoson, der Maler und Graphiker, ist kurz nach Vollendung seines 60. Lebensjahres in Paris gestorben. Er gehörte um die Jahrhundertwende zu dem kleinen Künstlerkreise, der als erster gegen die Alleinherrschaft des Naturalismus rebellierte. Der weniger die exakte Wiedergabe eines Natureindrucks, als die selbständige Ausdruckskraft der Farbe und Linie und die Komposition des Bildes als eines rhythmischen Organismus anstrebte. Aus den koloristischen Erregungen der Freilichtmalerei, aus gedämpften, schwebenden, schwimmenden, düstigen Farben gewann Valtoson neue Mittel zur Gestaltung geistlichen Erlebens. Die Japaner lehrten ihn die Behandlung der Graphik als reiner Flächenkunst. In wunderbaren Einzelblättern (Bildnisse, Szenen aus dem Pariser Leben usw.) und Illustrationen (Scheerbaris „Kaktus“, der „Billonär“ u. a.), die mit ihren reinen, klaren Linienkonturen und tief-schwarzen Schatten ganz auf die Kontrastwirkung heller und dunkler Flächen gestellt waren, wies er dem europäischen Holzchnitt neue Wege. Er war ein großer Künstler und ein noch größerer Anreger.

10 000 Bücher auf einer Glasplatte. Ein neues Verfahren zur Herstellung kleinster Mikro-Photographien hat Dr. Goldberg auf dem Internationalen Photographischen Kongreß in Paris mitgeteilt. Wie in „Reclams Unterwelt“ berichtet wird, ist es auf diese Weise möglich, den Inhalt von etwa 10 000 Büchern zu je 100 Seiten auf einer Glasplatte von 9 x 12 Zentimetern auf photographischem Wege zu reproduzieren. Diese Schrift kann natürlich nur mit Hilfe eines Mikroskopes gelesen werden. Wenn diese aus höchste gesteigerte Verfeinerung heute auch nur wissenschaftlichen Wert hat, so ist es doch nicht undenkbar, daß man einmal Bücher auf diese Art herstellen wird.

Prof. Urtin Madsenrodt, der bekannte Berliner Frauenarzt, ist im Alter von 65 Jahren gestorben. Er hat sich namentlich als Chirurg in der operativen Behandlung des Krebses einen Namen gemacht.

Elisabeth Bergner ist „Frau Elise“ von Arthur Schnitzler auf dem 5. Dichterabend des „Verbandes Deutscher Erzähler“, und zwar, entgegen der ersten Ankündigung, erst am Sonntag, den 7. Februar 1926, abends 7 1/2 Uhr, im Völkersaal des Reichstages.

Eine deutsche Gemäldeausstellung in Wien. An der Zeit von Mitte Februar bis Ende April findet in Wien eine Jahreshundertausendausstellung deutscher Malerei statt. Als Generalvertreter für die Ausstellung ist der Direktor der Wäandern Pinakothek Dr. Ehrenhofer bestellt worden. Die Ausstellung wird ein Bild der deutschen Kunst der letzten hundert Jahre entrollen.

Die Sommerferien des kommenden Jahres. Da im Jahre 1926 mehrere von der Sommerferienregulierung befristete Feiertage auf Sonntage fallen und die den Arbeitern zugesagte Arbeitsruhe auf diese Weise verkürzt werden würde, hat die Sommerferienregulierung angedroht, im nächsten Jahr als Ersatz für diese Tage den 6. Juni (Geburtsfest der Verfassung der Weimarer Republik) und den 8. November (zweiter Geburtstag der Weimarer Republik) als Feiertage mit voller Arbeitsruhe begeben zu lassen.

Selbstmord eines russischen Dichters. Der russische Dichter Sergius Jessenin hat in Leningrad Selbstmord verübt.

Ein internationales jährliches Forschungsinstitut wird jetzt von der Internationalen Jahrbüchlichen Vereinigung vorbereitet, die dafür eine Kommission auf ihrer diesjährigen Generalversammlung gewählt hat. Die Leitung soll aus fünf Mitgliedern bestehen, genügt von der Hygiene-Kommission der Weltgesundheitsorganisation. Die französischen Jahrbüchler stimmten 1. J. dieser deutschen Anregung zu. Es wird erwartet, daß aus dem großen amerikanischen Stiftung der Dental Association eine halbe Million Dollar dem Institut zur Verfügung gestellt wird.

Die ungarische Sozialdemokratie.

Parteitag unter Polizeikontrolle. — Bekenntnis zur Republik. — Die verfolgte „Nepzjava“. — Der Frauenkongreß aufgelöst.

Unser ungarischer Korrespondent schreibt uns: Während der Weihnachtstage hielt die sozialdemokratische Partei Ungarns ihren 23. Parteitag ab. Die Deutsche Sozialdemokratie war durch den Genossen Crispian vertreten. Als Vertreter ausländischer Bruderparteien waren anwesend: Ellenbogen (Österreich), Dr. Topalovic (Jugoslawien), Stoin, Zimal, Roving und Mayer für die Tschechoslowakei. Der Parteitag war von 435 Delegierten besetzt. Auch die Horty-Regierung war in der Gestalt zahlreicher Polizeibeamter äußerst stark vertreten; allein am Tisch des Vorsitzenden saßen

kändig mehr als sechs Polizeioffiziere,

in die Reihen der Delegierten hatten sich viele Detektive eingeschlichen.

Die Berichte der Parteileitung, der Parlamentsfraktion und der Kontrollkommission wurden nach kurzen Debatten angenommen. Sämtliche Redner betonten, daß die Parteeinheit das wichtigste Kampfmittel gegen die Reaktion in Ungarn sei. Einige der Delegierten sprachen sich gegen ein Zusammengehen der Partei mit bürgerlichen Parteien im Parlament aus.

Genosse Peyer, Mitglied der ungarischen Nationalversammlung, hielt ein Referat über die politische und wirtschaftliche Lage Ungarns und über die Arbeitslosigkeit. Er wandte sich scharf gegen eine Rückkehr der Habsburger und die monarchistischen Putschversuche der Rechtsradikalen. Im Namen der sozialdemokratischen Partei verlangte Peyer die Sicherung der Freiheitsrechte des einzelnen ungarischen Bürgers und eine Volksabstimmung über die Staatsform für Ungarn. Er gab der Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß das ungarische Volk

entschieden für die Republik

eintreten würde.

Genosse Propper, ebenfalls Mitglied der Nationalversammlung, sprach über die Wiederherstellung der allgemeinen Freiheitsrechte. Er verurteilte das Treiben der ungarischen Reaktion, deren Regierung durch ihre „Weihnachtsamnestie“ nur vier politische Gefangene freigelassen hat. Von einer allgemeinen Aufhebung der Urteile wegen politischer Vergehen und von einer Vereinfachung der Emigrantensache ließ die Regierung nichts verlauten. Bedinglich einzelnen als politische Flüchtlinge im Ausland lebenden Emigranten wurde die Bewilligung zur Heimkehr erteilt, allerdings nur unter der Bedingung, daß sie sich schriftlich verpflichteten, fünf Jahre lang an keiner politischen Bewegung teilzunehmen. Unter dieser politischen Bewegung ist die sozialdemokratische Partei gemeint. Genosse Propper verlangte die vollständige Un-

Prozeß gefallenen beleidigenden Äußerungen mißbilligt und mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen wurden. Unter diesen Umständen wird die bayerische Regierung wohl gezwungen sein, entsprechend ihren früheren Erklärungen im Landtag den Strafboykott vor allem im Interesse der Arbeiter und Angestellten aufzuheben.

Kyffhäuserbund und Republik. Worte und Taten.

Der Vorstand des Kyffhäuserbundes veröffentlichte eine von Generaloberst a. D. v. Heeringen gezeichnete Neujahrskundgebung, in der der Bund als parteipolitisch neutral bezeichnet wird und in der es dann heißt:

„Von uns feindselig gesinnter Seite wird immer wieder der Versuch gemacht, das Eintreten für die alten Farben und damit für die Pflege der Tradition des alten Heeres und Deutschlands großer Vergangenheit der Organisation und ihrer Leitung so auszulagern, als richteten sich die Bestrebungen gegen den Bestand der Republik. Dem muß an dieser Stelle nochmals auf das schärfste entgegengetreten werden. Ohne den Zusammenhang mit der Vergangenheit, in der das Reich geschaffen wurde, ist sein Fortbestand nicht möglich. Der Deutsche Reichsriegerbund „Kyffhäuser“ wird auch in Zukunft unter unbedingtem Festhalten an seiner Satzung fern von jeder parteipolitischen Beeinflussung und finanziell nur gestützt auf die bestehenden Beiträge seiner Mitglieder, an der Pflege der großen Vergangenheit unseres Volkes und an dem steten Ausbau seiner Wohlfahrtsanstaltungen arbeiten.“

Es ist nicht das erstemal, daß sich dieser schwarzweißrote Kriegerbund der Deffentlichkeit gegenüber einen harmlosen Anstrich gibt. In der Praxis aber wird meistens die „Pflege der großen Vergangenheit“ mit einer monarchistischen, antirepublikanischen Propaganda verwechselt, und die parteipolitische Neutralität besteht darin, daß man die Anhänger rechtsradikaler Verbände mit offenen Armen aufnimmt und die Mitglieder des verfassungstreuen Reichsbanners hinauswirft. Ueber diese Taten konnten auch die schönsten Neujahrskundgebungen nicht hinweghelfen, so blamabel es auch für die Säbelhauer vom Kyffhäuserbund sein mag, daß ihr Ehrenvorsitzender als Reichspräsident das Gegenteil der Festsitzler unterstützt, die sie betreiben.

Die hinausgeschobene Krise.

Alles hängt vom sozialistischen Parteitag ab.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Das politische Jahr 1925 geht für Frankreich zu Ende ohne Ministerkrise. Dafür wird das neue Jahr im sicheren Zeichen einer Krise beginnen. Wenn es Briand gelungen ist, den Ausbruch der Krise zu verhindern, so ist das in erster Linie darauf zurückzuführen, daß mit Ausnahme eines Teils der Rechten und einiger weniger Radikalsozialer niemand sie im gegenwärtigen Augenblick gewünscht hat. Eine große Rolle hat das direkte Eingreifen des Kammerpräsidenten Herrig gespielt, der seine Freunde, die im Kabinett sitzen, zu sich kommen ließ und sie dringend bat, eine veröhnliche Haltung einzunehmen, um die Krise zu verhindern. Das Eingreifen Herrig's wird sehr verschiedenartig in den Linkskreisen kommentiert. Die einen wollen wissen, daß es ihm vor allem darauf ankam, ein Hiniauschieben der Krise zu erreichen, bis zum außerordentlichen sozialistischen Kongreß, der über die Frage der Beteiligung an der Regierung entscheiden wird. Die anderen behaupten, er habe seine Solidarität mit dem Kabinett gegen die Sozialisten betonen wollen, denen er es nicht verziehen habe, daß sie vor einigen Wochen die Bildung seines Kabinetts verhindert haben.

Ueber die Opportunität des Verhaltens der radikalsozialen Minister, die in Daladier und Chaumpey bis zur letzten Stunde sich entschlossen erklärt hatten, eher zurückzu-

abhängigkeit der ungarischen Richter, die Wiederherstellung der Schwurgerichte in politischen Strafprozessen und die Aufhebung sämtlicher für einen Kriegsfall vorgesehenen Ausnahmegesetze.

Genosse Emmerich Szabo gab ein Bild vom Stand der ungarischen Parteipresse. Das eigentliche Organ der ungarischen Arbeiterschaft

„Nepzjava“ wird ständig verfolgt. Vier Mitglieder der Redaktion sitzen gegenwärtig im Kerker.

Im vergangenen Jahre wurden 146 Strafprozesse gegen das Blatt eingeleitet und allein im letzten Vierteljahr Selbststrafen in einer Höhe von mehr als 150 Millionen Kronen verhängt. Das alles hat das Sprachrohr der ungarischen Arbeiterschaft nicht zum Verstummen gebracht; denn die ungarischen Proletarier haben bisher mehr als das Zweifache dieser Summe ausgebracht.

Besondere Kommissionen wurden zur Revision des Parteiprogramms und zur Ausarbeitung eines Agrarprogramms eingesetzt. Sie sollen dem nächsten Parteitag ihre Entwürfe vorlegen. Bei der Wahl der Parteileitung wurde die vorgeschlagene Liste angenommen.

Der gleichzeitig mit dem Parteitag stattfindende sozialdemokratische Frauenkongreß verfiel der Auflösung durch die Polizei. Sie steht in direktem Zusammenhang mit der Rede, die die Genossin Anna Reihy kurz zuvor in der Nationalversammlung gehalten hat, wobei sie durch ihr energisches Auftreten gegen

neue Kriegsvorbereitungen der Horty-Regierung

bei den Mitgliedern der Regierungspartei lebhaften Unwillen hervorrief. Als auf dem Frauenkongreß dieser Vorgang im Parlament zur Sprache kam, schritt der überwachende Polizeirat, der die Tagung von Anfang an durch höhnische Bemerkungen zu stören versucht hatte, zur Auflösung der Versammlung, wobei sich seine Polizeigenossen gegenüber den Genossinnen durch rohe Joten und wüste Schimpfworte hervortaten.

Am zweiten Kongrestage hatten die Genossen Crispian und Ellenbogen sowie die Vertreter anderer ausländischer Parteien in Begleitung der Genossen Eltergalos und Reihy die Gräber der Märtyrer der ungarischen Arbeiterbewegung, der Genossen Samoggi und Bacso, mit Kränzen geschmückt. Gleichzeitig mit dem ungarischen Parteitag fand eine Konferenz von 21 Delegierten der deutschsprachigen sozialdemokratischen Arbeiter Ungarns statt, die ebenso zupersichtlich verfiel wie der Parteitag der ungarischen Bruderpartei.

treten, als den Vorschlägen Doumers zuzustimmen, hört man ebenfalls innerhalb der Linkskreise widersprechende Urteile. Die einen interpretieren ihr Verbleiben als Umfall, die anderen als Opfer, das sie den taktischen Erfordernissen des Linkskartells zuliebe gebracht haben, das in eine schwierige Lage gekommen wäre, wenn eine Ministerkrise vor der Entscheidung des sozialistischen Parteitages ausgebrochen wäre. Getrübt ist die Gesamtsituation keineswegs. Ein großer Teil der Rechten zeigt sich sehr enttäuscht darüber, daß Briand die Gelegenheit, es zur Krise kommen zu lassen, nicht benutzt hat, um das vom Nationalen Block gewünschte „Ministerium der heiligen Einheit“ zu bilden. Durch das Lob, das gewisse Blätter des Nationalen Blocks Briand spenden, klingt ziemlich deutlich das Mißtrauen heraus, das sie dem Unterhändler von Locarno entgegenbringen.

Auf der Linken erklärt man, daß die zukünftige Entwicklung nun mehr als je von den Beschlüssen, die der sozialistische Kongreß fassen werde, abhänge. „Wird die sozialistische Partei eine ablehnende Haltung einnehmen, so bleibt den entschiedenen linksgerichteten Elementen nichts mehr übrig als in die Opposition zu gehen und die Rechte wieder ans Ruder kommen zu lassen.“ erklärte am Mittwoch in den Wandelgängen der Kammer der frühere Marineminister Duménil, der in der vom Linkskartell gebildeten Finanzkommission eine führende Rolle spielt. Im vertrauten Kreise von Briand erklärt haben, daß er gern einem anderen Platz machen würde, wenn die sozialistische Partei, wie er es im Interesse der zukünftigen Entwicklung Frankreichs für notwendig halte, auf ihrem Kongreß beschliesse, sich an der Regierung zu beteiligen. Diese Frage der Beteiligung der Sozialisten beherrscht gegenwärtig die öffentliche Meinung. Solange keine Antwort darauf erfolgt, wird die französische Innenpolitik eine gewisse Erstarrung erfahren. Da der sozialistische Kongreß, der auf den 10. Januar einberufen ist, mit dem am 12. Januar erfolgenden Wiederzusammentritt des Parlaments zusammenfällt, kann die kommende Session unter klareren Umständen beginnen als denjenigen, unter denen die Winteression zu ihrem verwirren Ende geht.

Leon Blum gegen Regierungsbeteiligung.

Die Stellungnahme der Bezirksparteitage.

Paris, 30. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) In Anbetracht des für den 10. Januar einberufenen Kongresses der sozialistischen Partei Frankreichs hat Genosse Leon Blum an die Bezirksverbände des Seine-Departements, an deren Versammlung er teilzunehmen nicht in der Lage sei, ein Schreiben gerichtet, in dem er sich gegen die Beteiligung der Sozialisten an der Regierung ausspricht und seine Absicht kundgibt, seine Auffassung auf dem Parteitage zu vertreten. Die Entscheidung des Seine-Departements ist noch nicht getroffen. Auch die Bezirksverbände der übrigen Departements haben erst teilweise zur Frage der Beteiligung an der Regierung Stellung genommen, wobei sich die einen für, die anderen gegen die Beteiligung ausgesprochen haben. Es ist im Augenblick noch nicht möglich, sich ein Bild über die zukünftige Haltung des Parteitages zu machen, doch ist es bezeichnend, daß die über zahlreiche Mandate verfügende Nordfrankreich sich gegen die Beteiligung ausgesprochen hat.

Regierungsumbildung in England. „Evening News“ melden, daß Ministerpräsident Baldwin unmittelbar nach Neujahr eine Umbildung des Kabinetts vornehmen werde.

Der Reichskommissar für die besetzten Gebiete hat dem Wehrkommandeur der alliierten Besatzungsgruppen seinen Austrittsbesuch gemacht. In der sich anschließenden Unterredung wurden die verschiedenen die Besetzung betreffenden Fragen erörtert.

Die internationale Bewegung 1925.

Die Umstellung der Produktion, welche sich nach der Kriegs- und Inflationszeit notwendig machte, erfolgte fast überall auf Kosten der Arbeiterschaft. Zur Abwehr und zur erträglichsten Hebung der Lebenshaltung mußten daher umfangreiche Lohnkämpfe geführt werden, und auch für die alte Forderung der Arbeiterschaft, den Achtstundentag, mußte wieder und wieder eingetretet werden. Außerdem ist die durch die Nachkriegsverhältnisse hervorgerufene Erwerbslosigkeit für sämtliche Industrieländer zu einer der brennendsten Fragen geworden, die zu lösen man auch im vergangenen Jahr — allerdings mit wenig Erfolg — versuchte. Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des abgelaufenen Jahres waren radikalen sozialpolitischen Neuerungen nicht günstig, so daß das Schlagwort von der „Krise der Sozialpolitik“ auch für diese Zeit nicht mit Unrecht angewendet werden konnte. Ein Wiedererstarben der durch Inflation und Stabilisierung geschwächten Gewerkschaften fast aller Länder ist dagegen ein erfreuliches Kennzeichen der internationalen sozialen Bewegung des Jahres 1925. Was zunächst

die großen Arbeitskämpfe

anbelangt, so sind diese im vergangenen Jahr nicht besonders erfolgreich gewesen. Zwar konnten in den skandinavischen Staaten die umfangreichen, auf alle wichtigen Industrien sich erstreckenden Lohnkämpfe, die beim Abschluß neuer Tarifverträge im Frühjahr ausgebrochen waren, erfolgreich beendet werden; ebenso ein Teil der zahlreichen Arbeitskämpfe im Bergbau. Aber die Lohnkämpfe in der Metallindustrie Oesterreichs, Italiens und Belgiens blieben (mit Ausnahme des belgischen Streiks vom Herbst dieses Jahres) ohne nennenswerte Ergebnisse; ähnlich die umfangreichen und lange währenden Streiks der Seeleute in Argentinien, Australien und im britischen Reich, während der schwedische Seemannsstreik mit einem Kompromiß abgeschlossen werden konnte. Große Lohnkämpfe der Textilarbeiter führten in der Tschechoslowakei und in Indien zu Teilerfolgen, der große Streik der Baumwollspinner Chinas dagegen endete mit einer Niederlage der Arbeiter. Auch die Angestellten und Beamten sind in einigen Staaten in Gehaltsbewegungen eingetreten. Hervorzuheben sind die von nur geringen Erfolgen begleiteten Forderungen der österreichischen Bundesbeamten und die ungünstig abgeschlossenen Streiks der französischen und der belgischen Beamten. In der Arbeitszeitfrage

die Unterzeichnung des Washingtoner Abkommens

über den Achtstundentag im Vordergrund. Es unterzeichneten im vergangenen Jahr Chile, Ungarn und Lettland. Jedoch wurde die Inkraftsetzung der Bestimmungen teilweise an Bedingungen geknüpft. Von großer Wichtigkeit ist es, daß Frankreich das Abkommen ratifizierte und dabei nur die Ratifikation von Seiten Deutschlands zur Bedingung machte, und daß in Belgien ein Gesetzentwurf über die bedingungslose Annahme des Abkommens vorliegt.

Die Lage der Arbeitsmärkte, welche im allgemeinen am Anfang des Jahres noch günstig war, verschlechterte sich seit Mitte 1925 vor allem infolge der sich verschärfenden Weltkrise im Kohlenbergbau und der trübsamen Lage der Schiffbauindustrie. Von

der Weltlohnkrise

war vornehmlich England betroffen, wo im übrigen um die Mitte des Jahres die Arbeitslosigkeit in allen Industriezweigen den erschreckenden Umfang von 1,3 Millionen Erwerbsloser angenommen hatte, und wo sich von Januar bis Juni der Prozentsatz der arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder von 9 auf 12,3 Proz. erhöhte. Dank der Regierungssubvention an den Kohlenbergbau und der etwas verbesserten Konjunktur seit dem Herbst konnte die Arbeitslosigkeit in letzter Zeit erniedrigt werden. In Deutschland, Polen (Oberschlesien), der Tschechoslowakei, Belgien und den Vereinigten Staaten sind im Kohlenbergbau umfangreiche Entlassungen vorgenommen worden, und dieser Prozeß geht sich in unverminderter Stärke noch weiter fort. Außerdem war die Arbeitslosigkeit ganz besonders groß in Oesterreich, das Ende des Jahres etwa 150 000 Arbeitslose hatte. Hohe Arbeitslosenziffern hatten ferner — infolge der Steigens ihrer Währung — Norwegen (im Oktober über 25 000) und Dänemark (im August über 24 000), auch Polen (Ende Oktober über 210 000 Unterstützungsempfänger und über 100 000 stellenlose Angestellte) infolge der Stabilisierungskrise und des Wirtschaftskrieges mit Deutschland. In Frankreich hat die

Inflationkonjunktur die Arbeitslosigkeit auf ein Mindestmaß herabgedrückt. In fast allen Ländern ist die Zahl der Stellenjuchenden Angestellten groß, und die Behebung dieses Stellenmangels ist zu einem allgemeinen Problem geworden. Die

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

wurde mit den alten Mitteln unternommen. Das Arbeitsnachweises wurde in Frankreich und Rußland (Beseitigung des Zwanges zur Benutzung der Arbeiterbörsen) abgeändert. In Oesterreich liegt ein Gesetzentwurf zum Schutze des inländischen Arbeitsmarktes vor Ueberfüllung mit fremden Arbeitern vor. Ein in Frankreich zur Beratung stehender Gesetzentwurf sieht die Einschränkung der Verteilung von Arbeitskräften auf Landwirtschaft und Industrie vor. Zur Behebung der dauernden Ueberfüllung des inländischen Arbeitsmarktes sind in Oesterreich — freilich nicht besonders erfolgreiche — staatliche Bemühungen zur Förderung der Auswanderung unternommen worden. Die

Auswanderung aus Europa

war in diesem Jahre sehr gering infolge der Einwanderungsbeschränkungen vor allem der Vereinigten Staaten, ferner Brasiliens, Kanadas und Australiens. In Europa richtete sich der Hauptstrom der Auswanderer nach Frankreich, welches landwirtschaftliche Arbeiter aus Italien, Spanien, Polen, Ungarn und Oesterreich aufnahm. Einzelne, allerdings wenige sozialpolitische Fortschritte sind im vergangenen Jahr gemacht worden. Hervorzuheben sind die Einführung einer Alters- und Witwenversicherung in England, die Errichtung von Arbeiterkammern in Zugewanderten, die Förderung der Lehrjahrsausbildung in Frankreich durch Festsetzung einer Beitragsleistung von 1/2 Proz. von allen Arbeitseinkommen und die gesetzliche Festlegung von bezahltem Arbeiterurlaub in der Tschechoslowakei. Andere wichtige sozialpolitische Neuerungen wurden erst vorbereitet: zu nennen sind die Gesetzentwürfe über die Ausgestaltung der Sozialversicherung in Oesterreich und in der Tschechoslowakei, über die Vereinheitlichung der Versicherung in Frankreich und in der Schweiz, ferner über Betriebsräte in Dänemark, über das Schiedsgerichtswesen in Norwegen, über Arbeiterurlaub in Frankreich und über weitgehenden Mieterschutz in Dänemark. Rege sozialpolitische Tätigkeit entfaltete Mexiko, das Arbeiterbestimmungen erließ, Gewerbeaufsicht einrichtete und Tarifverträge und Streikrecht anerkannte. Koalitionsrecht wurde den öffentlichen Angestellten Frankreichs und den Arbeitern Japans verliehen. In Portugal wurden die Gewerkschaften als rechtsfähige Personen anerkannt, und auch Frankreich förderte die Gewerkschaftsbewegung. Dagegen waren die freien Gewerkschaften Unterdrückungen und Verfolgungen ausgeführt in Brasilien, Rumänien und Palästina, vor allem aber in Italien. In Italien wurden unter dem faschistischen Terror die freien Gewerkschaften völlig enteignet und die Arbeiter zur Beitragsleistung an die faschistischen Korporationen gezwungen. Für die nichtfaschistischen Gewerkschaften ist eine Zeit schwerster Prüfung angebrochen.

In der Gewerkschaftsbewegung

stand die Frage der Vereinheitlichung im Vordergrund. Einerseits erfolgten gewerkschaftliche Zusammenschlüsse auf nationaler Basis — zu nennen sind vor allem die Bündnisbestrebungen zwischen den sechs größten englischen Gewerkschaften, die Zusammenschlüsse in Deutschland und die Vereinheitlichung der beiden gewerkschaftlichen Landeszentralen in Jugoslawien; andererseits haben sich auch internationale Gewerkschaftsorganisationen vereinigt — so die internationale Organisation der Zimmerer mit der der Bauarbeiter, der internationale Bund der Kürschner mit dem der Schneider. Die Hafenarbeiter Deutschlands, Belgiens und Hollands schlossen ein Bündnis. Eine internationale Beamtenorganisation wurde neu gegründet, desgleichen ein internationales gewerkschaftliches Arbeiterinnenkomitee. Der englische Gewerkschaftsbund hat sich energisch für den Zusammenschluß der Amsterdamer mit der Moskauer gewerkschaftlichen Internationale eingesetzt. Jedoch in den übrigen Ländern stehen bei den Gewerkschaften der Amsterdamer Richtung einer solchen Vereinheitlichung noch Schwierigkeiten im Wege, und angesichts der großen Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Methoden des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes scheint die Frage für eine baldige Lösung noch nicht reif zu sein. E. T.

Die Lohnpolitik der Reichsbahn.

Eine Erklärung zum Schiedspruch.

Die B.E.-Korrespondenz hat von der so schwer belasteten Reichsbahnverwaltung die folgende Äußerung zu dem Schiedspruch übernommen:

„Der am Dienstag gefällte Schiedspruch für die Eisenbahner war gestern Gegenstand eingehender Beratungen innerhalb der Reichsbahnverwaltung. Als besonders wichtig betrachtet man hier die finanzielle Auswirkung der Stundenlohnaufbesserung und die Mehrbelastung durch die Ortslohnzulagen. Entgegen den Darstellungen der Verbände werden sich die Mehrkosten nach Ansicht der Reichsbahn auf 20 Millionen, wenn nicht noch mehr, belaufen. Da der finanzielle Status der Reichsbahn außerordentlich gespannt ist, wird man, falls es zur Ausführung des Schiedspruchs kommen sollte (1), nach Ansicht der maßgebenden Verwaltungsinstanzen Mittel und Wege finden müssen, um diese Mehrbelastung auf irgendeine Weise auszugleichen.“

Wenn die Reichsbahnverwaltung durch ihre erstaunliche Generosität bei der Bemessung der Gehälter für die Herren des Verwaltungskörpers, bei der großzügigen Ausschüttung von Geldern zu Leistungszulagen, durch ihren Bahnschutz und ihre Organisation des Streikbruchs ihren finanziellen Status so außerordentlich stark angespannt hat, so ist das keineswegs eine Entschuldigung für ihre unverantwortliche Lohnpolitik. Ihre Lohnpolitik beruht weder auf vernünftigen Verwaltungsregeln, noch auf klugen kaufmännischen Grundätzen, sondern lediglich auf dem Diktat der in der Verwaltung maßgebenden Industriellen.

Die Mittel und Wege zu einem Ausgleich sind damit in der Hauptsache bereits angedeutet. Es ist allerdings von dieser Verwaltung kaum zu erwarten, daß sie ihre grundsätzliche Einstellung erkennt und sie preisgibt und die dafür ausgeworfenen Geldmittel in den Lohnnetzt einstellt. Aus ihrem Erlaß, den wir in der Dienstag-Abendausgabe des „Vorwärts“ veröffentlichten, geht deutlich hervor, daß sie Geld genug hat zum „Bahnschutz“, zum Nachrichtenendienst (über die Bewegung der Eisenbahnerverbände) und zur Personalbetriebshilfe.

Eine Verwaltung, die in allererster Linie auf die Sicherheit und Bequemlichkeit des reisenden Publikums bedacht sein muß, wie auch auf die pflegliche Behandlung des ihr anvertrauten wertvollen Materials, kann sich nicht krupellos auf rein kapitalistische Plusmacherei einstellen und eine Lohnpolitik betreiben, die das ganze Personal zum Haß gegen die Verwaltung samt dem Betrieb treiben muß. Arbeitsfreudigkeit und Pflichterfüllung müssen im Eisenbahnbetrieb vorherrschen. Doch diese Tugenden sind nicht durch Hungerlöhne, verbrüht mit Korruptionszulagen, zu erzielen. Es kommt zuerst auf die Betriebssicherheit bei der Eisenbahn an und dann auf die möglicste Verbilligung der Tarife. Das Eisenbahnpersonal muß so behandelt werden, daß es halbwegs menschenwürdig existieren kann. Auf seine Kosten können die Fracht- und Personaltarife nicht niedrig gehalten werden.

Die Wendung, „falls es zur Ausführung des Schiedspruchs kommen sollte“, soll wohl belegen, daß die hohe Verwaltung es sich noch erst überlegen muß, ob sie diesem Schiedspruch zustimmt. Das ist für den Geist dieser Verwaltung bezeichnend. Sollte diese Zwischenbemerkung jedoch davon ausgehen, daß die Eisenbahnarbeiter den Bittelspinnig-Schiedspruch ablehnen, dann dürften die maßgebenden Verwaltungsinstanzen damit erst recht nicht der Notwendigkeit enthoben sein, Mittel und Wege zu finden, ihren Lohnnetzt besser zu finanzieren und ihren finanziellen Status zu entspannen durch Preisgabe aller der Mittelchen, mit denen die deutlich drohenden Gefahren der bisherigen nichtmühsamen Lohnpolitik gebannt werden sollen.

Ob der Reichsbahngesellschaft gegenwärtig die Mittel fehlen zu einer gründlichen Reform der Lohnpolitik, sei dahingestellt. Was schlimmer für sie ist, das ist die Ueberzeugung der Eisenbahnarbeiter und der unteren Beamten, daß ihr von vornherein der gute Wille gefehlt hat, eine einwandfreie Lohnpolitik zu verfolgen.

Die Eisenbahner werden ihre Stellungnahme zu dem Schiedspruch nach Neujahr bekunden. Sobald die Bezirksverbände im Reich sich schlüssig geworden sind, werden die Vorstände das Ergebnis dieser Entscheidungen zusammenfassen. Doch wie es auch ausfallen mag, die eigentliche Entscheidung wird erst im Frühjahr fallen. Bis dahin hat die Verwaltung Zeit zur Selbstbesinnung, die Eisenbahner aber haben noch Zeit, für alle Fälle die Reihen ihrer Organisation zu schließen. Die bisherige Lohnpolitik der Reichsbahn ist auf die Dauer einfach unmöglich.

Der Einheitsverband deutscher Eisenbahner wird zu dem in dem Lohnstreik mit der Reichseisenbahn gefällten Schiedspruch in der ersten Woche des neuen Jahres durch den erweiterten Vorstand Stellung nehmen. Es braucht kein Heiß daraus gemacht zu werden, daß die geringe Lohnerhöhung die innerhalb der Eisenbahnerschaft vorhandene Unruhe kaum eingebämmt hat.

Vollstuförge.

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-V.G.

Der Gewerkschaftsverband in Breslau hat es den Gewerkschaften zur Pflicht gemacht, die Vollstuförge, ein Arbeiterunternehmen, das von Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufen worden ist, nach Kräften zu unterstützen.

Damit dieser Beschluß auch in Berlin zur wirksamsten Ausführung gelangt, haben Konsumgenossenschaft und Gewerkschaften, wie in der Vorkriegszeit, wiederum eine Verwaltungskommission eingesetzt, der die Aufgabe gestellt ist, mit der Geschäftsstelle der Vollstuförge gemeinsam eine umfassende Propaganda für das Unternehmen in die Wege zu leiten.

In die Verwaltungskommission haben entsandt Konsumgenossenschaft: Leopold Hajek, Wilhelm Lamm, Friedrich Gütler und Gertrud Podahl;

Ortsauschuß des ADGB: G. Sabath, H. Rüder, F. Laggodzincki;

Ortspartei des ADGB-Bundes: Wegland.

Die Kommission hat sich bereits konstituiert und wählte zu Vorsitzenden Sabath und Lamm und zum Schriftführer Wegland. Wenn im neuen Jahr die Propaganda für die Vollstuförge aufgenommen wird, erwarten wir dabei die tatkräftigste Unterstützung der uns angeschlossenen Organisationen.

Die Verwaltungskommission.

Der Konflikt im Karosseriegewerbe.

Das Unternehmerangebot abgelehnt.

Wie wir bereits am Dienstag mitteilten, haben die Unternehmer der Karosseriebranche bei den Verbindlichkeitsverhandlungen am 16. Dezember als letztes Angebot anstatt eines zwanzigprozentigen Lohnabbaues eine Kürzung der Löhne und Akkorde um 10 Proz. vorgeschlagen. Die Funktionäre hatten am Montag zu dem Angebot der Unternehmer Stellung genommen und beschlossen, einer Vollversammlung das Angebot der Unternehmer zur Entscheidung zu unterbreiten. Diese Vollversammlung war gestern abend im Metallarbeiterverbandshaus. Nachdem Henschel vom Metallarbeiterverband sowie Picht vom Holzarbeiterverband noch einmal ausführlich über den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen berichtet hatten, wurde nach kurzer Aussprache durch geheime Abstimmung das Angebot nahezu einstimmig abgelehnt. Der Schlichter wird nunmehr erneut ersucht werden, den Schiedspruch vom 16. Dezember für verbindlich zu erklären.

Dieses Abstimmungsergebnis widerlegt treffend die Behauptung der Unternehmer, die Gewerkschaften seien der treibende Keil in dieser Bewegung. Die Abstimmung ist weiter aber auch ein Beweis dafür, daß die Karosseriearbeiter gewillt ist, trotz der Wirtschaftskrise ihre einmal errungenen Positionen zu halten. Sollten es die Unternehmer vorziehen, den Kampf noch weiter auszudehnen, so werden sie nur zu bald zu der Einsicht kommen, daß sie mit ihren Rationalisierungsmethoden, wie sie sie verstehen, bei den kampferprobten Karosseriearbeitern keinen Erfolg haben.

Verhandlungen mit der Meierei Volle.

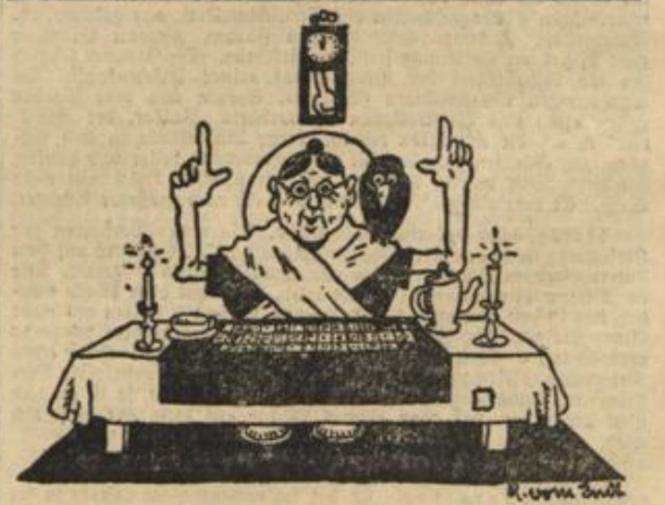
Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die Meierei Volle den zum 31. Dezember ablaufenden Lohnvertrag gekündigt, um einen Lohnabbau durchzusetzen. Die Verhandlungen über den Neuaufschluß des Lohnvertrags sollten zwischen Weihnachten und Neujahr gepflogen werden. Auf Veranlassung des Verbandsbundes finden die Verhandlungen jedoch erst im Laufe der ersten Januarwoche statt. Die Meierei Volle hat sich bereit erklärt, bis zur endgültigen Neuverpflichtung der Löhne die alten Löhne unter Vorbehalt weiterzuzahlen.

Noch keine Einigung in amerikanischen Bergbau.

New York, 30. Dezember. (B.Z.) In der gestern von Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergarbeiter abgehaltenen Konferenz wurde vom Vorsitzenden des gemeinsamen Lohnmittels ein Vorschlag zur Beilegung des Ausstandes unterbreitet. Die Konferenz vertagte sich jedoch nach achtstündiger Beratung, da eine Einigung nicht zu erzielen war.

Achtung, Zimmerer! Verbandsamerikaner! Die kontrollierten Mitgliedschaften am Sonntag, 2. Januar, in den Bezirkslokalen in Empfang genommen werden. Alle Funktionäre haben die Pflicht, diese Mitteilung an den Arbeitstellen bekanntzugeben. Zentralverband der Zimmerer, Deutscher Zimmererverband, Bezirk 10, Kurtfährstraße, 111. Die Bureauausgabe von heute mittags 2 Uhr bis zum 4. Januar, morgens 9 Uhr, geschlossen. Die Geschäftsstelle.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Neuigkeiten: A. S. Fischer; Solches und Solches: Fritz Kerth; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann-Brosch, G. m. b. H., Berlin, Stadt: Hermann-Brosch-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2. Hierzu 1 Beilage und „Unterhaltung und Witz“.

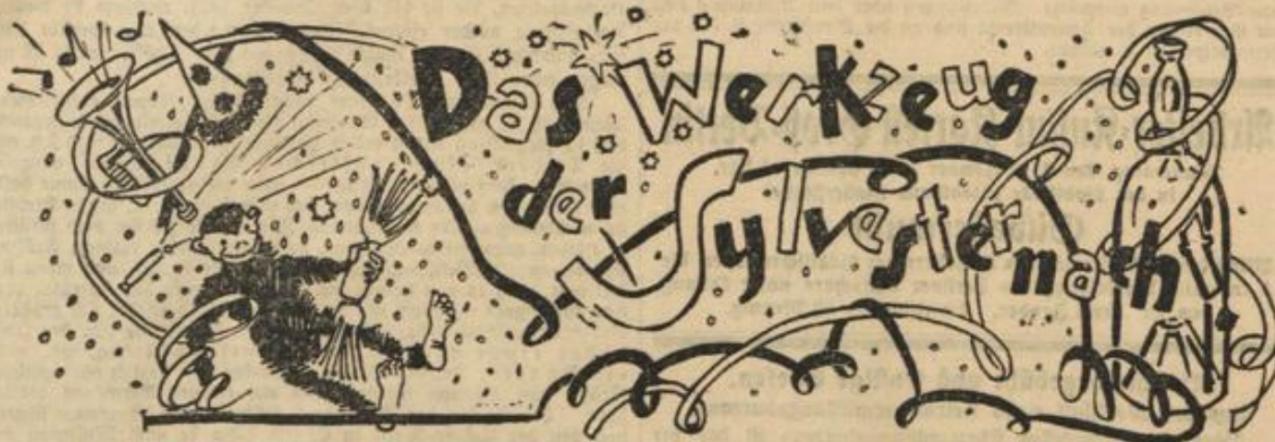


Und wieder spricht die weise Frau:

Die Zukunft liegt noch immer grau,
Mit dem erhofften großen Los
Ist auch in diesem Jahr nichts los,
Die Steuern drücken allerwegen.
Es mehret sich der Kindersegen an,
Der Weg ist dornenvoll und steinig
Bis sich die Menschheit endlich einigt,
Kein Ende nimmt die Teuerung.
Es fehlt an Geld und Feuerung,
Ein Lichtblick nur, Sie sparen viel,
Ich seh, Sie waschen mit

Persil

10 billige in Herren-,
Tage Knaben- und
Jünglingskleidung
Besichtigung meiner Schaufenster erbeten!
Am 2. Januar, 9 Uhr früh, geht's los!
M. SCHULMEISTER
Kottbuser Tor.



„Und wenn der ganze Schnee verbrannt, die Asche bleibt uns doch!“ — Man sollte es nicht glauben, aber es ist Tatsache: die Neujahrschertze sind immer noch eine gefuchte Ware. Die Inhaberin eines der größten Spezialgeschäfte für Zauber- und Scherzartikel in der Friedrichstraße erklärte: „Ja, Geld zu großen Geschenken, zu solchem Luxus haben die Leute nicht. Da kaufen sie dann unsere Waren, die ja immer nur ein paar Groschen kosten. Denn ihren Spaß am Silvester wollen sie sich nicht verderben lassen; wenn früher vielleicht besser getrunken und gegessen wurde, so schränkt man sich schließlich in dieser Beziehung ein — und diese Einschränkungen sind allen schon nichts Neues mehr. Wer eben ein paar Groschen übrig hat, kauft gerne Scherzartikel.“ — Soll man nun darüber eine Jeremiade anstimmen? Ueber den Leichtsinns der frivolen Menschheit, die die wenigen Groschen nicht besser zu Rate hält? — Ach, erstens würde es nichts helfen; zweitens finden in dieser Industrie viele Menschen ihr Brot; es ist vielleicht lässlich genug, aber es ist doch noch immer besser, als das für die Pfennige der Arbeitslosenunterstützung gekaufte. Und drittens: die Berliner haben ganz recht; sie sind nun mal so derbe, ellenbogentüchtig, „nicht umzubringen“. Und mit einem frechen „Nu jrade nicht!“ lachen sie, solange sie noch drei übrige Groschen haben, der Not der Zeit in die höhnisch fleischliche Grimasse. Nur einen Tag im Jahr gibts, an dem der Berliner den steilebenen „Preußen“ auszieht und sich erinnert, daß er ja von nur „eingepreukten“ Kolonisten abstammt, nur einen Tag, an dem sich Berlin so etwas wie eine farnevalistische Stimmung erlaubt: den Silvesterabend. Und zu dem gehören unfehlbar die Silvesterchertze, die Foppereien, die man den lieben Bekannten antut, von der mehr oder weniger harmlosen Neujahrskarte bis zu der heimtückischen Feuerwerkszigarette.

Die Stimmungsinstrumente.

Allerdings haben sich die Silvesterchertze schon etwas gewandelt. Eine Vorschau konnte davon überzeugen. Zwar gibt es für harmlose Gemüter noch immer die Zigaretten, die mit genialem Sag aus der kaum geöffneten Schachtel springen, und das beliebte „Konjunkt mit perschiebener Füllung“ von Nitrich und Essig. Statt der unangenehm qualmenden Feuerwerkszigaretten aber bringt dieser Silvester kleine Pastillen, nicht größer als eine Scharnirtablette, mit denen man ein wahrhaftiges Schneegelächter in der Stube hervorzubringen kann. Das große Portemonaie, das sich auf einen Meter dehnen läßt, in dem ein Fach so leer wie das andere ist und der auf Gummi gedruckte Prima-Wechsel (jeder kann ihn so lang ziehen, wie er ihn braucht) sind aber schon Scherze, in denen etwas von der Selbstironie steckt, die wir brauchen, um uns und unsere Zeit noch einigermaßen zu ertragen. Besonders aktuell wird manchem das im Monatel stehende, freundlich blinzelnbe „Auge des Geistes“ erscheinen, denn auf einen Druck auf die pneumatische Geheimleitung in der Westentasche wird es stier und bedrohlich, um beim Nachlassen des Drucks wieder harmlos jovial zu zwinkern: „Wir kennen uns doch, mir tun uns doch nichts.“

diese Zettel heuer überhaupt von mehr oder minder zarten Beziehungen sprechen, tun sie es in ausgesprochenem Geschäftsjargon, von der freundlichen Offerte: „Bin netto Kaffe noch zu haben“ bis zur Anfrage: „Wer liebt mich freibleibend?“ Viel häufiger jedoch sind die Devise, die sich mit den Milieren unseres täglichen Lebens befaßt. Als „Angezählt und nicht abgeholt“, „Bergehen zu versteigern“ wird mancher durch die Silvesternacht schwärmen. Die Anpreisung „Bin aufgewertet“ wird wohl weniger anreizen als die Versicherung „Bin musikalisch, mein Akkord stimmt!“ — Vorahnend spult der Rater des Neujahrsstoges der unbezahlten Rechnungen aber schon in der Devise „Bin unter Geschäftsaufsicht, wann kommst du ran?“ und der freundlichen Mahnung „Dreh“ dich nicht rum, der Pleitegeier geht um!“ — Und mit diesen Parolen werden wir wohl alle, auch wenn wir sie nicht schwarz auf weiß auf dem Buckel tragen, ins neue Jahr gehen.

Den Optimismus haben wir uns in diesen Jahren wahrhaftig abgewöhnt. Sein letzter Seufzer war immer ein „Na, dreidiger kanns schon nicht mehr werden!“ Aber selbst dieser Seufzer verweht wie ein Hauch in den Pleitefalten, die jetzt über uns hinbrausen. Es glaubt schon keiner mehr an das neue Glück, das das neue Jahr bringen wird. Selbst in dem tollen Reigen der Silvesternacht himmeln die Schellen unserer Karrenkappe recht skeptisch. Und so sind wir Karren der Zeit; haben unser Los selbst geschaffen und gemöhnt an dem Tage, als wir nicht den Mut fanden, allen goldenen, bunten Karrenkram, der in unsere Hand gegeben war, dahin zu werfen, wohin er gehört: zum alten Plunder.



54) Die Passion. Roman von Clara Viebig.

Die Schande, wenn es nun herauskam, daß sie von der Milch getrunken hatte! Die Schande war zu groß, sie konnte nicht länger hierbleiben. Gott sei Dank, daß sie der alten Bensch die zwei Taler nicht unter den Kopf gelegt hatte! Sie hatte das tun wollen nach deren Beheiß — ja, das hatte sie wohl, das behauptete sie gegen sich selber, wenn immer wieder etwas wie Reue in ihr aufstieg — aber nun, nach den vier Wochen, die die Alte schon im Grabe lag, war es ja doch zu spät.

mit einem Winken ins Unbestimmte. „Die haben ein Gut auf dem Land.“ „So. Ist das groß? Wieviel Morgen denn?“ fragte neugierig der Bauer. „Guter Boden da, was?“ „O ja.“ Das war das einzige, was sie noch antwortete. „Ich habe solche Kopfschmerzen“, seufzte sie, lehnte die pochende Schläfe an die harte Fenstertante und tat so, als ob sie schlafen wollte. Aber sie schlief nicht, sie lauerte nur darauf, daß der lästige Ausrager sich entfernen würde. Erst als er ausstieg bei einer der nächsten Stationen, atmete sie auf. Was hatte sie doch für eine Angst gehabt, sich zu verraten! Oh, diese Angst, die war geblieben, was sollte sie denn nun in Berlin lagern? Daran hatte sie bis jetzt noch nicht gedacht, sich nichts überlegt. Und zu Wilkowskis würde sie nun doch wieder gehen müssen — wo sollte sie denn sonst hin? Eine mächtige Bestürzung überfiel sie, umklammerte ihr wie mit Krallen den Hals. Die harte Wurst brückte im Magen, sie fühlte sich grenzenlos elend. Zum Unsinnten schwach. Und doch mußte sie unablässig während der ganzen Fahrt darüber denken: was sagt du nun in Berlin!

„Festliches“ vor dem Einzelrichter. Die Christbäume.

Sie hatten es dem Arbeitslosen M. angetan. Er fuhr einfach am Bedding nachts mit dem Wagen an eine Partie Weihnachtsbäume heran, lud sie auf und brachte sie zum Magdeburger Platz. Ein schwinghafter Handel war das — 1 Mark pro Stück. Reifender Abtag. Die Eigentümerin der Christbäume fand ihren Stand leer, benachrichtigte die Polizei, diese fahndete nach wilden Tannenbaumhändlern und fand den Dieb, aber wenig Bäume.

Im Affekt. Ein Unglücksfall. Schwerhörig, von der Frau verlassen, vor kurzem erst in Berlin, von den Brüdern, die hier in guter Position sind, nicht aufgenommen, vorbestraft, arbeitslos und am heiligen Abend voll betrunken. Geht seines Wegs und lamentiert laut: „Alles zerklüftet, alles kaputt machen.“ Die Passanten hören's. Was geht's sie an! Aber schon klirren Fensterscheiben. Die eine traf die Faust, zwei andere werden nacheinander in größter Gemütsruhe mit dem Fuß ausgeschlagen. Da wird er gefaßt. Er schaut erstaunt um sich: „Jetzt komme ich erst zur Besinnung.“ Vor Gericht: „Frau verlassen, keine Arbeit, Brüder haben mit sich selbst zu tun, mir ist jetzt noch ganz wirt im Kopf, mir war alles egal, wollte mir das Leben nehmen.“ und schlug die Fensterscheiben als Ersatz dafür ein. Besser schon so. Der Einzelrichter sprach ihn frei.

Das „öffentliche Vergernis“.

Ja, ja, wenn man am heiligen Abend so viel trinkt — da kann einem schon was passieren. Ledig, aber sonst ein braver Buchhalter. Etwa 53 Jahre alt. Der Ausbruch der Doffentlichkeit „wäre ihm lieber“; Ort der Handlung: Stadtbahn, zweiter Klasse. Er, einmal schon wegen öffentlichen Vergernisses vorbestraft. Neben ihm ein älterer Herr, ihm gegenüber eine junge Dame. Pflöchlich wird sie unruhig, wendet ihre Blicke weg. Schleißer Bahnhof. Beim Aussteigen stürft sie ihrem Begleiter ein paar Worte zu, dieser verflüchtigt den Stationsvorsteher. Der Dreißigjährigen: türmt, wird aber schnell gefaßt. Krankhafte Veranlagung. Dem Zeugen tut der Mann nun leid, auch dem Staatsanwalt und dem Richter. Der Buchhalter verpflichtet sich, sich dem Gerichtsarzt zur Begutachtung zu stellen. Er wird enthaftet und die Sache verliert.

Theaterkarten.

Sie haben nur 1 Mark gekostet und sollen für 4 Mark an den Mann gebracht werden. Mehr als 3 Mark und diese beiden Karten findet man bei dem „Händler“ nicht. Der Angeklagte meint, der Herr, dem er die Karten angeboten habe, sei ihm bekannt. Der Kriminalbeamte sagt aber aus, daß das unmöglich sei, die Dame, die mit dem Herrn war, sei mit ihm verwannt: so wolle er es. Die beiden Weihnachtsfeierlinge mußte der wilde Händler im Polizeigefängnis zubringen. Zwanzig Mark Geldstrafe.

Die gefundene Fahrkarte.

Auch ein „Berufverbrecher“: der verlorene Fahrkarten findet und sie an der Kasse zurückgibt. Diesmal hatte der Finder Beach. Der Billetverkäufer wußte, daß er die Karte einem anderen verkauft hatte. Fundunterschlagung. Sieben Tage Arrest. Fröhliche Weihnachten hinter Schloß und Riegel!

Bevorstehende Preiserhöhung für Fahrradkarten.

Eine etwas sonderbare Ansicht über „Preislenkung“ scheint die ständige Tariffkommission der Reichsbahn zu haben. Nach den bisherigen Bestimmungen wurden die Fahrradkarten bis zu einer Entfernung von 100 Kilometer ausgegeben und kosteten ohne Rücklicht auf die Entfernung 30 Pfennige. Nach dem neuesten Beschluß der ständigen Tariffkommission der Reichsbahn wird die Entfernungsgrenze bis zu 150 Kilometer ausgedehnt und der Preis für die Fahrradkarte gestaffelt. Danach kostet eine Karte bis zu 25 Kilometer Entfernung 30 Pfennige, von 26 bis 100 Kilometer 50 Pfennig und über 100 bis 150 Kilometer 80 Pfennige. Ueber die Gültigkeitsdauer der Fahrradkarte bestand bisher im Tarif keine Bestimmung, dieselbe ist nunmehr auf 4 Tage festzusetzen worden. Der Einführungstermin dieses Beschlusses wird demnächst bekannt gegeben werden. Nach den Erfahrungen benutzen fast nur Arbeiter die Fahrradkarten und gewöhnlich beträgt die Entfernung etwas über 30 Kilometer, demnach trifft diese Preiserhöhung fast ausschließlich nur die arbeitende Bevölkerung. Es sollen also die Klassen der Benutzer vor vollendete Tatsachen gestellt werden und sie werden gut tun, sich durch ihre Organisation gegen diese „Verkehrsverbesserung“ zu wehren.

überflog ihre noch fast kindliche Gestalt. Aber was sollte er nun mit ihr? Er wollte doch nach Treptow. Unruhig sah er nach der Uhr: „Schon sieben. Wo willst du denn aber anders hin heute am Abend?“ „Zur Tante nicht. Lieber ins Wasser!“ „Na, na.“ Er lachte verlegen. Aber er mußte ihr recht geben: es würde kein freundlicher Empfang sein in der Alexanderstraße. Die Mutter war sehr schlecht auf Eva zu sprechen, schalt sie undankbar. Grete hatte seitdem schon wieder zweimal mit dem Kinder mädchen gewechselt, sie hatte zuletzt eine Rote-Kreuz-Schwester nehmen müssen zu dem Unglückswurm. Da fiel ihm auf einmal etwas ein; er war ganz stolz auf diese Idee: „Weißt sie was, fahre raus in den Brunwald zu deiner Frau Vessel. Die hat ja Platz, und die nimmt dich auch gern.“ Frau Vessel überlegte sich: wo tat sie Eva denn nun hin? Zu dumm, daß dort Scharlach und Diphtherie ausgebrochen waren! Nicht, daß sie das arme Wesen nicht gern aufgenommen hätte; sie lieb, als die Müde, von der Reise, von der Fahrt durch Berlin und vor allem von ihren eigenen Gedanken Zerklüftene ankam, gleich ein Bad richten und besuchte sie dann noch in dem hübschen freundlichen Zimmer, darin sie bei dem Hausmädchen schlief. Aber auf länger war das doch nichts! Mit unendlichem Wohlgefühl dehnte sich Eva in dem weißbezogenen, nach frischer Luft und Sauberkeit duftenden Bett: so hatte sie lange nicht mehr gelegen, nicht dort, nicht bei den Wilkowskis, selbst in der Charité nicht. Oh, wenn sie doch immer hierbleiben dürfte!

Kronprinz von Kurdistan oder . . . Schneider aus Ägypten?

Als Kronprinz von Kurdistan" hatte ein internationaler Hochstapler orientalistischer Herkunft sein Glück auch in Berlin versucht, ohne daß ihm allerdings ein besonders großer Erfolg gelungen war. Der Abkömmling, den sein Aussehen in Deutschland vor dem großen Schöffengericht Berlin-Mitte fand, war für einen Mann seiner Herkunft wirklich nicht ehrenvoll. Er stand wegen schwerer Urkundenfälschung und sonstigen Betruges in drei Fällen unter Anklage. Den Vorsitz in dieser Verhandlung führte Amtsgerichtsrat Hilsdorf.

Die sehr neugierigen Fragen nach seinem eigentlichen Namen und Beruf schienen dem "Kronprinzen" durchaus nicht angenehm zu sein. Name und Beruf ließen sich auch im Lauf der ganzen Verhandlung nicht feststellen. Man mußte sich damit begnügen, in dem Angeklagten einen ungefähr 30jährigen Türken oder Ägypter zu sehen, dessen angeblicher Name Mohammed Ibn Raschid sein sollte. Im eleganten Gesellschaftsanzug, tadelloser weißer Wasche, das Taschentuch stets ein wenig neugierig aus dem rechten Ärmel herausschauend, gab sich der Angeklagte die rechtliche Mühe, wenigstens noch außen hin die "königlichen Würden" seinen Augenblick aufzugeben. Recht unangenehm aber waren die Auskünfte, die aus London, Paris und selbst aus Amerika hierher gelangten. Danach hatte der "Kronprinz von Kurdistan" schon überall eine Gastrolle gegeben und sollte auch das berühmte amerikanische Lusthaus Sing Sing durchaus nicht nur "von außen" besichtigt haben. Gefällige Botschaften von Auslandsstaaten und der dazugehörige Post waren selbstverständlich. Die Abwicklung der Gerichtsverhandlung war recht schwierig, da Ibn Raschid kein Wort der deutschen Sprache beherrschte. Es war aus diesem Grunde ein englischer Sprachvermittler hinzugezogen worden, der sich mit einem türkischen in die Aufgabe teilen mußte, den Angeklagten zu fragen und zu informieren. Raschid gab an, ein Sohn des Kalifengeschlechts der Al Raschids zu sein. Über auch die weiteren Erzählungen riefen lebhafteste Erinnerungen an die schonen Märchen aus "Tausend und einer Nacht" wach, wohl der einzige Eindruck, den sie hervorzuzaubern vermochten. Noch heute sollte sein Vater, Hamid Abdullah, Fürst und Herrscher von Kurdistan sein. Zwischen seinem Volk und den Türken herrsche ein andauernder Kriegszustand. Daher kämen auch aus Konstantinopel die schlechtesten Auskünfte über den Angeklagten. Die dortige Polizei wollte nämlich feststellen haben, daß der Kronprinz ganz einfacher Herkunft sei — ein Schneider aus Ägypten. Aber dies schien selbstverständlich nur Auswirkungen der tödlichen Feindschaft zwischen "seinem Volk" und den Türken.

In Berlin erzielte den "Kronprinzen", der selbstverständlich nur im Adlon- oder Esplanadepalast wohnte, sehr bald sein Schicksal. Als er bei der Deutschen Bank einen Scheinbetrug über 1000 Dollar versuchen wollte, fiel er einem Bankurkunden in die Hände, der selbst Mohammedaner ist und Raschid sofort entlarvte. Bevor der Angeklagte aber zu dieser seiner Hauptaktion geschritten war, durfte er sich doch etwas in dem Glanze seiner Würden und einer höchst wirkungsvollen Phantasieform sonnen. Eine Filmschauspielerin, die "Hoheit" im Hotel kennengelernt hatten, ließ sich blenden und — reinlegen. Eine Filmgesellschaft war etwas vorsichtiger, da der reiche Kronprinz statt zu zahlen erst einmal Vorversuch haben wollte. Aus diesem Geschäft wurde also nichts. Als letzte Weiderogende kam dann noch eine Pensionistin hinzu, die aber ebenso wie die Schauspielerin später ihr Geld zurückbekommen haben sollte. Seine "königliche Hoheit" hatten also in Berlin nicht allzuviel Anheiß gestiftet. Diesem Umstand trug das Gericht denn auch Rechnung. Das Urteil lautete nur auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft. Nach 7 ganze Monate werden die armen Untertanen in Kurdistan vergebens auf die Rückkehr ihres Kronprinzen warten müssen!

38 Selbstmordfälle.

In der letzten Woche des alten Jahres.

Man hätte annehmen dürfen, daß gerade in der Weihnachtswoche und während der Weihnachtstage die Zahl der Selbstmorde sich stark vermindern würde. Vielmehr gerade, weil das Weihnachtsfest fast immer eine der stärksten Kindheitserinnerungen bedeutet, fühlt sich der Mensch, der das Fest nicht, wie gewohnt, begehen kann, um so stärker von der Einsamkeit gepackt. Das Leben scheint ihm nicht mehr wert gelebt zu werden, die Zukunft trost- und ausweglos. So zieht er ein Nicht-mehr-sein dem Leben vor. — Vom 21. bis 28.: 23 Selbstmorde und 15 Selbstmordversuche, darunter 14 Frauen und 24 Männer im Alter von 18 bis 83 Jahren. Als Mittel zur Selbstvernichtung sieht Gas wie gewöhnlich an erster Stelle. Es erfüllte sein Amt in Nebenberufen als Henker in 16 Fällen; in Idealkonkurrenz miteinander stehen Ertränken und Erhängen, je sechs Fälle; das erste Mittel, ins Jenseits zu gelangen, wählen in der Hauptzahl die Frauen; aber auch unter den Erhängten befindet sich diesmal eine Frau. Es folgt das Erschießen in drei Fällen. Dann kommt je einmal ein Sprung aus dem Fenster des 4. Stockes, Vasal, Salzsäure und Kattengift. Sechs von den Selbstmördern hatten das Alter von 50 Jahren überschritten, der eine zählte sogar 83, ein anderer 79 Jahre. Die Ursachen sind nicht immer ersichtlich. Eine Krankenschwester hat Differenzen im Dienste und erhängt sich. Ein Zweimundfünfjähriger wird gerade vor dem Weihnachtstisch arbeitslos und vergiftet sich mit Beuchgas; Arbeitslosigkeit treibt auch einen 24jährigen Arbeiter in den Tod. Bei einer 30jährigen Ehefrau sollen es Geldsorgen gewesen sein, die sie am heiligen Abend von Todespeinung aus dem Fenster des 4. Stockes veranlassen. Ein Revu- und Varieté-Dirigier erhängt sich in einem Anfall von Herzkrankheit; auch den Dreimundachtjährigen treibt Krankheit in den Tod. Ein Familienvater nimmt sich das Leben, als Frau und Kinder sich zur Weihnachtstfeier entfernen haben. Zweimundfünfjährig und einmal eine Wirtschaftlerin, denen das Weihnachtsfest nicht mehr verpricht. Ein Polizeiwachmeister brüht gegen sich seine Dienstpost ab. Weshalb, weiß kein Mensch. Lustlosigkeit, Hoffnungslosigkeit, Chezerwürfnisse, Liebeskummer, Rohrungsfragen, Arbeitslosigkeit, Krankheit — und wie die Ursachen alle heißen mögen, die mit besonderer Macht auf den einsamen Menschen gerade in dem Augenblick einwirken, wo die Glocken das Fest verkünden, Opfer auf dem Schlachtfelde des Lebens!

Der verführerische Wisampelz.

Ein peinliches Rockspiel hatte eine Omnibusbekanntschaft, die eine Tänzerin Gerda R. machte. Die Dame tritt allabendlich in einem großen Berliner Lichtspieltheater auf und bemühte nach Beendigung der Vorstellung einen Autobus der Linie 5, um in ihre in Schönberg gelegene Wohnung zu gelangen. Im Wagen kam die Tänzerin mit einer jungen zierlich gemachten Person ins Gespräch, die erzählte, daß sie ebenfalls Tänzerin und eine Tochter des bekannten Tänzerpaars Severin sei. Im Laufe des Gesprächs ließ sie durchblicken, daß ihr Bruder besonders gute Beziehungen zu Theaterleitern habe und infolgedessen der Tänzerin ein günstiges Engagement zu verschaffen. Sie forderte ihre neue Bekannte auf, sich am nächsten Tage mit ihr und ihrem Bruder zu treffen, damit man mündlich genauere verhandeln könne. Hocherfreut nahm Gerda R. das Anerbieten an. Alle drei wollten sich in einem Hotel unter den Linden treffen und zusammen frühstücken. Die beiden Damen waren zunächst allein zur Stelle. Man nahm ihnen in der Garderobe die Mäntel ab, und im Speisesaal wurde ihnen das bestellte Frühstück serviert. Die zuerst heitere Laune der neuen Freundin wandelte sich aber bald in Unruhe, weil der Bruder nicht kam. Schließlich stand das angebliche Fräulein Severin auf, um sich bei dem Förster zu erkundigen. Fräulein R. wartete geduldig. Als aber die Dame gar nicht wiederkam, wurde sie besorgt, bezahlte das Frühstück, zu dem man sie doch eingeladen hatte, nun selbst und verlangte

in der Kleiderablage ihren Mantel. Der aber war verschwunden und statt seiner hing ein dürftiges Mäntelchen der Schwindlerin, die die Garderobemarke vertauscht hatte. Da die Künstlerin beklagt den Verlust ihres kostbaren Wisampelz, der einen Wert von über 2000 Mark hat. Die Bestohlene hat auf die Wiederbeschaffung des Pelzes eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen über sein Auftauchen und zur Ergreifung der Schwindlerin sind an die Dienststelle B. I. 4 der Kriminalpolizei zu richten.

Arbeiter-Kultur-Kartell Groß-Berlin

Donnerstag, den 31. Dezember 1925, abends 10 Uhr,
in der Stadthalle (Stadthaus Klosterstraße)

Silvestermusik

Mitwirkende: Bläserchor des Orchesters der Städtischen Oper, die A-cappella-Bereinigung des Berliner Volkshors unter Leitung von Dr. Ernst Jander. Eintrittspreis 60 Pfennig.

Einschreibgebühr und sonstige Spesen.

Aus der Werkstatt eines Heiratsvermittlungsbureaus.

Eines der bekanntesten Heiratsvermittlungsbureaus ist das der Frau von Wimmersberg, die in weitestem Kreise aber unter dem Namen aus erster Ehe, Frau von R., unter dem auch jetzt noch ihr Heiratsbureau firmiert, bekannt ist. Frau von R. hatte sich vor dem Schöffengericht Schöneberg wegen Betrugs zu verantworten.

Ein früherer Offizier und späterer Gutsinspektor vermögens- und gegenwärtig auch stellunglos, hatte sich an das Heiratsbureau von R. mit der Bitte gewandt, ihm zu einer vermögenden Frau zu verhelfen. Er bekam auch alsbald ein Schreiben der Frau von R., daß sie nicht abgeneigt sei, sich für seine Angelegenheit zu interessieren. „Was meine Bedingungen anbetrifft," hieß es in dem Schreiben, „ist zunächst Vorbedingung strengste Discretion und 50 Mark nicht zurückzahlbare Einschreibgebühr. Die Provision ist sechs Wochen nach der Eheschließung zu zahlen und beträgt 3 Proz. vom Vermögen der Frau." Der Heiratslustige war mit diesen Bedingungen einverstanden und schickte die 50 Mark ein. Er bekam dann ein Verzeichnis von verschiedenen Heiratspartien, jedoch ohne nähere Angaben von Namen und Adressen. Die Nummer 2750 entsprach auch, wie er zurück schrieb, seinen Wünschen, und er bat um nähere Angaben. Nun erhielt er zunächst die Aufforderung, erst einmal 150 Mark zur Deckung der allgemeinen Spesen einzusenden, ehe das Arrangement eingeleitet werden könne. Dazu wollte sich der Heiratskandidat aber nicht entschließen, um so weniger, als er sich schon die 50 Mark mit Mühe und Not von seinem Bruder geliehen habe. Es entspann sich eine sehr erregte ihm und her geführte Korrespondenz, die zur Folge hatte, daß der Heiratslustige Anzeige wegen Betrugs erstattete. Vor Gericht — die Frau von R. mußte trotz alles Sträubens auch nach die Anklagebank zieren — bestritt die Angeklagte, einen Betrag verübt zu haben. Die Einschreibgebühr werde erhoben, um zu prüfen, ob der Betreffende auch ernste Absichten habe. Die Unterhaltung ihrer weit verzweigten Beziehungen riefen erhebliche Unkosten hervor, und leider gäbe es viele „Schrennmänner", die vor der Heirat alles zugestehen, hinterher aber, wenn die „gute Partie" durch ihre Hilfe zustande gekommen sei, nicht einmal ein Dankeschön haben, geschweige denn an ihre Verpflichtungen denken. Die Provision ließe sich aber nach den Bestimmungen des BGB. nicht einfordern, und so habe sie dann das Nachsehen. Die Angeklagte behauptete, daß durch das Wort „zunächst" schon angedeutet sei, daß hinter der Einschreibgebühr noch mehrere Zahlungen für Spesen zu erwarten seien. Der Verteidiger wollte dem Gericht Beweise vorlegen, daß die Angeklagte für Richter, Staatsanwälte und viele andere hohe Beamte in derselben Weise Ehe vermittelt habe. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Reimer vertrat den Standpunkt, daß die Angeklagte durch den Vorlaut ihrer Bedingungen ihre Kunden in dem Glauben lasse, daß mit der Zahlung der Einschreibgebühr weitere Unkosten nicht erwachsen würden. Auch das Wort „zunächst" sei so gefaßt, daß man keineswegs auf diese Schlussfolgerung kommen könne. Das Schöffengericht Schöneberg schloß sich der Auffassung des Staatsanwaltes an und verurteilte Frau von R., geschädigte von R. wegen Betruges zu der beantragten Geldstrafe von 200 Mark.

Erleichterungen für die Zahlung der Hundesteuer.

Die städtischen Körperschaften haben bekanntlich beschlossen, daß als Hundsteuer (für den ersten Hund) im nächsten Vierteljahr 17,50 M. statt bisher nur 7,50 M. zu zahlen sind. Die Steuer ist am 10. Januar fällig. Mit Rücksicht auf die schwierige wirtschaftliche Lage wird auf Antrag Stundung in der Weise erlassen, daß im Januar nur der bisherige Vierteljahresbetrag von 7,50 M. zu zahlen ist und am 10. Februar und am 10. März die erhöhte Zahlung mit je fünf Mark. Einem dahingehenden Antrag wird ohne Nachweis der besonderen Bedürftigkeit im Einzelfalle entsprochen werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte bei ihrer Beschlusfassung über die Erhöhung der Hundsteuer den Magistrat ersucht, anzuordnen, daß Erwerbslosen für die Zeit der Erwerbslosigkeit die Hundsteuer zu erlassen ist. Der Magistrat hat nunmehr bestimmt, daß den erwerbslosen Antragstellern auch die Monatsraten von 7,50 M. und fünf M. ganz zu stunden sind, so lange die Erwerbslosigkeit besteht. Hat beim nächsten Zahlungstermin (zehnten des Monats) die Erwerbslosigkeit aufgehört, so ist als erste Monatsrate der Betrag von 7,50 M. und für den darauf folgenden Monat der Betrag von fünf M. zu zahlen. Der Nachweis der Erwerbslosigkeit ist durch Bescheinigung des Arbeitsamts zu führen.

Knallgasexplosion in der Lichtenberger Gasanstalt.

In der Gasanstalt Lichtenberg, am Bloddammweg, ereignete sich gestern nachmittag eine Knallgasexplosion, bei der drei Gasarbeiter zum Teil schwer verletzt wurden. Kurz vor 2 Uhr explodierte aus bisher noch unbekannter Ursache Knallgas, das sich im Gasmesser gesammelt hatte und schleudernd den Deckel in die Höhe. Der Arbeiter August Biegel aus der Lisdorfer Straße 66 zog sich Kopfverletzungen, der Arbeiter Difo Heden-dorf, Wilmersdorf, Weimariische Str. 6a, schwere Fußverletzungen und der Arbeiter Gustav Stallhoff aus Zeyernid, Heidestraße 2, schwere Kopfverletzungen zu. Während Biegel mit leichteren Verletzungen davonkam, mußten Heden-dorf und Stallhoff in das Lichtenberger Krankenhaus übergeführt werden. Auf Anfrage im Lichtenberger Krankenhaus erfahren wir, daß keine Lebensgefahr besteht.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 31. Dezember.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
4.30—6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Percy Kaufmann. 7 Uhr abends: Dr. Robert Cabn: „Silvesterpunsch". 7.45 Uhr abends: Einführung zu der Operette „Mazurka" am 1. Januar 1926. 8.30—10 Uhr abends: Ballettmusik. Dirigent: Bruno Seidler-Winkler. 1. Meyerbeer: Ballettmusik aus der Oper „Der Prophet". 2. Schubert: Ballettmusik aus „Rosamunde". 3. Nicolai: Ballettmusik aus der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor". 4. Gounod: Faust-Ballett. 5. Heuberg: Potpourri aus „Opernball". 6. Potpourri aus „Die Pappentöchter". Berliner Funkorchester. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10—2 Uhr nachts: Prosit Neujahr! (Ein lustiger Kohraus).

Ein neues Gastspiel der „Großfürstentochter".

Die ehemalige Puppenspielerin Kuni Sanna, die schon unzählige Male vor Gericht erschienen ist und dabei stets arge Verurteilungen und Komödien aufführte, muß sich in nächster Zeit wegen ihrer neuesten Hochstapeleien, die sie seit dem Sommer 1924, nachdem sie wegen Haftspionage wieder einmal freigelassen worden war, verübt hat, verantworten. Soeben mußte sie sich vor dem Schöffengericht Mitte wegen einer ihrer „Heldentaten" verantworten.

Wie immer war sie unter hochtönendem Namen aufgetreten. Man weiß ja, daß sie ihre Laufbahn als Hochstaplerin damit begann, daß sie plötzlich an einem ersten Berliner Hotel vorfuhr und sich als die Tochter eines russischen Großfürsten ausgab. Damals — kurz vor dem Kriege — hatte die vermögende Dame bald eine Schar von Verehrern hinter sich und verstand es, große Kredite zu erschwindeln. In der späteren Zeit nannte sie sich bald Gräfin v. Hülsen, geborene v. Schlieben, bald war sie eine russische Gräfin. Sie betrug alle Welt, wanderte dafür ins Gefängnis, und wenn sie frei war, ging es von neuem los. Kaum war sie das letzte Mal aus dem Gefängnis entlassen, als sie auch schon bald wieder sich größere Geldmittel erschwindelte. Diesmal waren die Betrogenen der Inhaber einer großen Automobillhandlung, St., und ein Bankier Dr. G. Diesen gegenüber gab sie sich als russische Gräfin aus, die von ihrem Mann ein riesiges Vermögen geerbt habe. Im Tresor der Reichsbank sollten große Summen liegen und von der Vulkan-Werft in Stettin hätte sie noch Millionen zu verlangen. Für die Ueberweisung des Geldes müsse sie aber 2000 M. für Kosten zahlen. Von beiden Herren bekam sie die Summen vorgehoben, nachdem sie dem einen Teilhaberhaft an seiner Autohandlung und dem anderen eine große Einlage in sein Bankgeschäft versprochen hatte. Mit dem Geld verschwand sie aus Berlin. Wegen dieses Schwindels, der ihr 4000 M. eingebracht hatte, sollte sie sich verantworten. Wie immer spielte sie dem Gericht Theater vor. Sie rauchte in den Saal und schrie sofort, zu den Gerichtsräten gewandt: „Erst muß ich eine Morphiumspritze haben." Sie hatte aber mit dieser Forderung keinen Erfolg. Ehe in die Verhandlung eingetreten wurde, machten die Verteidiger den Einwand, daß die Angeklagte ihre Straftaten im Zustand einer Geistesstörung verübt habe, und daß eine fortgesetzte Handlung vorliege, so daß es besser wäre, diesen Fall mit den anderen Anklagen gemeinsam zu verhandeln. Während der Beratung des Gerichts tobte die Angeklagte in gewohnter Weise, beschimpfte die Gerichtsärzte, so daß der Vorsitzende, durch den Lärm angeleitet, zurücklehnte und fragte: „Na, worüber ärgern Sie sich denn jetzt wieder?" Angeklagte: „Ueber den alten Gerichtsrat, der so unfreundlich zu mir ist." Das Gericht beschloß und verkündete dann, daß der Fall mit den anderen Anklagen verbunden werden solle, so daß diese Verhandlung ausgesetzt wurde.

Die Silvesternacht der Omnibusse.

Zwischen Halensee (Ringbahn) und Unter den Linden (Zoo) wird im Anschluß an den Tagesfahrplan die Nachtlinie ununterbrochen bis zum Beginn des Verkehrs am Neujahrsmorgen in Betrieb sein. Außerdem fahren Einlagenwagen zwischen Halensee (Ringbahn) und Potsdamer Platz. Verlängert wird der Betrieb auf folgenden Linien: Linie 11 ab Moabit Turmstraße und ab Neukölln Hermannplatz letzter Wagen 8 Uhr nachts. Linie 13 ab Badstraße und ab Schlesisches Tor letzter Wagen 2.30 nachts. Linie 19 letzter Wagen ab Bahnhof Friedrichsfelde, Lichtenberg, 3.30 Uhr, ab Stephanplatz 4.10 nachts. Linie 28 letzter Wagen ab Bahnhof Weichselstraße 12.45, ab Kaiser-Friedrich-Platz 1.20 nachts. Linie 29 ab Paulow Kirche und ab Neukölln Hermannplatz, letzter Wagen 3.30 nachts. Linie 30 ab Ringbahn Potsdamer Platz letzter Wagen 1.50, ab Ringbahn Kaiser-Friedrich-Platz letzter Wagen 1.40 nachts.

Wann dürfen Teppiche usw. geklopft werden?

Mit Zustimmung des Magistrats hat der Polizeipräsident von Berlin für den Ortspolizeibezirk Berlin folgende Polizeiverordnung erlassen:

Auf Höfen und Hofgärten, die an Wohngebäude grenzen, sowie auf Balkons und an offenen Fenstern, die nach Höfen und Hofgärten hinausgehen, dürfen Polstermöbel, Betten, Matratzen, Decken, Teppiche, Kissen, Treppen- und Türvorleger nur am Freitag und Sonnabend von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags geklopft werden. In der Woche vor den großen Festen ist das Klopfen an den drei dem ersten Feiertage vorausgehenden Wochen-(Arbeits-)tagen von 8 bis 5 Uhr gestattet.

Schwerer Unfall eines Zeitungsfahrers. In treuer Erfüllung seiner nicht leichten Pflicht ist dem 30 Jahre alten Boten der Vorwärts-Expedition Leon Marschke ein schweres Unheil widerfahren. Der wadere Bote, im Begriff die Vorwärts-Abendausgabe nach Weihenfer hinauszuführen, wurde in der Greifswalder- oder Carmen-Engel-Straße von einem Autobus erfasst, überfahren und mußte mit schweren Verletzungen in das Weihenfer Krankenhaus gebracht werden.

Ein gefährlicher Brand kam gestern gegen 7 Uhr abends in einer Gummimantelfabrik in der Reuen Friedrichstraße zum Ausbruch. Auf den Feueralarm eilten sofort zwei Löschzüge an die Brandstelle, die mit 2 C-Rohren das Feuer nach anstrengender Tätigkeit niedertampften. Der Raum ist völlig ausgebrannt. Die Entstehungsurache ist bisher noch unbekannt.

35 Jänner Silvesterspaß wurden in der vergangenen Nacht der Firma Domalshaus aus ihren zwischen der Weidenbrücke und der Städtischen Sparkasse in der Spruce verankerten Fischkästen gestohlen.

Die Hohenschönhauser und Weihenfer Omnibussen des „Vorwärts" werden gebeten, das Ausbleiben des „Vorwärts" am gestrigen Abend zu entschuldigen. Unser Transporteur hat auf der Fahrt nach Weihenfer durch Autobus einen schweren Unfall erlitten und wir erhielten erst in vorgedachter Abendstunde davon Kenntnis. Die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Neujahrsglückwünsche! Der Berliner Auschuß der Deutschen Rothliebe teilt mit: Es ist höchste Zeit, die Wohlfahrtsarbeiten für die Frankfurter der Neujahrsglückwünsche zu besorgen. Hast Du es bisher verüßelt, so tue es jetzt sofort! Durch jeden mit der Wohlfahrtsarbeitenmarkt frankierten Glückwunsch erkauft Du Deine Freunde und spendest Dein Eherslein für die Wohlfahrtspflege.

Die Juristische Sprechstunde fällt am Donnerstag, den 31. Dezember, und am Sonnabend, den 2. Januar, aus.

Bezirksbildungsausschuß Groß-Berlin. Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 Uhr, im Großen Saal des Gewerkschaftshauses: Grundausbilder aus Anlaß des 33jährigen Bestehens der Arbeiterbildungsschule. Preis der Karte 1 M. — Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr, im großen Saal der Bühnenmusik, dritte Veranstaltung Internationaler Volkstänze und Volkslieder. „Aus der neuen Welt". (Regierung, Parisiens in New York, Tango, moderne Rigger, Step, Jazz). Preis der Karte 1.20 M. — Sonntag, den 24. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Städtischen Schiller-Theater Charlottenburg, „Glorious Tante". Preis der Karte einschließlich Kleiderabgabe und Theaterzettel 1.20 M. — Sonntag, den 31. Januar, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, 3. Protektorische Festschule. „Stimmen der Vögel". Rezitationen, Lieder, Gruppenstücke, Orchester, Violone, Violoncell. Preis der Karte 1 M. — Karten für alle Veranstaltungen sind in den bekannten Verkaufsstellen zu haben.

Die geschonte Frau von heute

weiß es, daß es nichts Besseres zum Haarewaschen als Lavaren gibt!

Deutsche Wirtschaftsbilanz 1925.

Ein Jahr schwerster Verluste. — Der neue Weg.

Das Wirtschaftsjahr 1925 schließt für Deutschland mit einer Krise der Volkswirtschaft, die schwerer ist als alle Krisenzustände seit der Währungsstabilisierung. Für die Jahresbilanz der deutschen Volkswirtschaft heißt das, daß das Jahr 1925 mit einem größeren Verlustsaldo abschließt als das Jahr 1924. Diese Kritik der volkswirtschaftlichen Praxis hat die Praxis der volkswirtschaftlichen Kritik, die diese Rück- und Auschau beabsichtigt zu bestimmen. Sie hat drei Fragen zu beantworten: War die Vergrößerung des Defizits vermeidbar, und worin besteht diese Vergrößerung praktisch? — Hat gegen die Verantwortlichen der Verluststeigerung etwas zu geschehen? — Wie ist das Defizit endgültig zu beseitigen?

Das Problem für 1925 war, der deutschen Volkswirtschaft das Gleichgewicht, das durch den Krieg bedroht, durch die Inflation zerstört worden war, wiederzugeben. Das Mittel dazu waren zwingende Maßnahmen dafür, daß es in Deutschland keine Unternehmung geben darf, sei sie privat- oder staatskapitalistisch, die nicht rentabel war. Verantwortlich dafür waren in erster Linie die privaten und öffentlichen Unternehmer, in zweiter Linie der Staat als Fiskus und der Staat als omnipotente Gewalt. Die Rentabilität mußte erreicht werden unter Beachtung der wirtschaftlichen Gesetze, unter Zugrundelegung der wirtschaftlichen Tatsachen. Nicht der Wunsch nach augenblicklich hoher Rente, sondern die Möglichkeit nach dauernder Rentabilität hatte Ausgangspunkt und Ziel der Rentabilisierung der Unternehmungen, der Wiederherstellung der Voraussetzungen des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts zu sein.

Die Bedingungen waren äußerst günstig.

Das Jahr 1924 war voll von Hemmungen, die die Wiederherstellung des Gleichgewichts in der deutschen Volkswirtschaft hinderten. Die Währung war zwar stabil, aber diese Stabilität war nicht sicher: Deutschland hatte in seinem Innern nicht die volle Souveränität des wirtschaftlichen Handels; nach außen fehlte ihm die Gleichberechtigung im Wirtschaftsverkehr der Völker. Die ungelöste Reparationsfrage zerstörte seinen Kredit. Die unbestimmten Reparationslasten verhinderten bei den ausländischen Kontrahenten die richtige Berechnung des Risikos für Geschäfte mit Deutschland, bei inländischen Kontrahenten die richtige Kalkulation für Geschäfte mit dem Ausland.

Mit Beginn des Jahres 1925 waren alle diese Hemmnisse beseitigt. Die Londoner Verträge lösten mit ausreichender Wirkung die Reparationsfrage, sie bestimmten mit ausreichender Sicherheit auf absehbare Zeit die Leistungen. Die Dawes-Anleihe bildete den größten Teil der 1925 fälligen Zahlungen von der deutschen Wirtschaft ab. Die internationale Vertragsgrundlage des Bankgesetzes vom 30. August 1924 gab der Stabilität der Währung eine internationale Garantie. Am 10. Januar 1925 fielen die Schranken für die Gleichberechtigung Deutschlands im Abschluß internationaler Handels- und Wirtschaftsverträge. Die Verantwortlichen in Deutschland, private und öffentliche Unternehmer, der Staat als Haushalt und der Staat als omnipotente Gewalt hatten freie Hand.

Die wirtschaftlichen Tatsachen waren zureichend bekannt.

Die im kapitalistischen Deutschland zur verantwortlichen Leitung Berufenen hatten es in der Hand, die Wiederherstellung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts durchzuführen. Aus der richtigen Einschätzung des Gewinns der vorliegenden Tatsachen hatte ihr Sachverständnis die Konsequenzen zu ziehen, die zu dem Ziel, Wiederherstellung der dauernden Rentabilität und Ausschaltung restlos jeder nicht zu rentabilisierenden Unternehmung, führen mußten. Diese Tatsachen waren zureichend bekannt: die Produktionsfähigkeit Deutschlands hatte sich in entgegengesetzter Richtung zur Aufnahmefähigkeit der ihr im Inland und im Ausland erreichbaren Märkte entwickelt. Dasselbe, wenn auch in geringerem Ausmaß und aus nicht ganz gleichen Gründen, war im Ausland der Fall. Der Konkurrenzdruck auf dem Inlandsmarkt und für den Weltmarkt war infolge dessen vielfach verstärkt. Das bedang im Inland niedrigere Preise, als sie das Ausland verlangte; erstens um die vorhandene Kaufkraft zur stärkstmöglichen Ausnutzung der Produktionsanlagen zu strecken, zweitens, um die Selbstkosten durch die Senkung der Herstellkosten und die Vergrößerung des Absatzes auf Dauer zu verringern. Das bedang im Ausland niedrigere Preise, um wegen der Unterbeschäftigung im Inland entgegen den billigeren Selbstkosten des Auslands die im Inland nicht zu beschaffende Beschäftigung der Industrieanlagen im Ausland zu sichern. Da die Erhaltung der staatlichen Funktionen eine Notwendigkeit war, mit den wenn auch überhöhten Steuern als einer Tatsache zu rechnen war, — da der Kampf der Lohn- und Gehaltsempfänger um Erhöhung ihres Einkommens unausschaltbarer Bestandteil der kapitalistischen Wirtschaftsgesetze und bei der Überkonkurrenz des privaten Unternehmens mit großen Erfolgen dieses Kampfes zu rechnen war, — da die Immobilisation des Betriebskapitals in nur mit Verlust realisierbaren Sachwerten eine Tatsache und die Beschaffung neuen Betriebskapitals aus dem Inland unmöglich, aus dem Ausland aber nur mit höheren Kreditkosten möglich war, als das Ausland selbst bezahlte, — aus diesen Gründen war die Abwendung der Preise nur möglich auf Kosten der Geldkapitalsubvention, d. h. durch Abwendung der eigenen Gewinnansprüche der deutschen Unternehmer. Diese Opfer aus der Geldkapitalsubvention mußten um so größer sein, je geringer die Konkurrenzfähigkeit im Inland und Ausland, je tiefer die Preise anzuweisen waren zur Vollbeschäftigung der vorhandenen Anlagen und zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit im Inland und Ausland, je höher die Kapitalsummen waren, die als fremdes Kapital neu zu verzinsen waren.

War das volkswirtschaftliche Defizit eine Notwendigkeit?

Es ist klar, daß es zu einem volkswirtschaftlichen Defizit, wie es die heutige Nichtwiederherstellung des Gleichgewichts in der Volkswirtschaft darstellt, nicht kommen mußte, wenn der Sachverstand der Verantwortlichen aus den vorliegenden durchaus bekannten Tatsachen die richtigen Konsequenzen gezogen hätte. Zu einer Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Verlustes, wie sie in der überkritischen Zuspitzung des Zustandes der Volkswirtschaft zum Ausdruck gelangt, dürfte es bei richtiger Würdigung der Tatsachen nicht kommen. Von der Steigerung der Löhne und Gehälter hätten die Unternehmer um so mehr profitieren müssen, je mehr die Vergrößerung der inländischen Absatzbasis und die Möglichkeit zu stärkerer Auslastung der Anlagen die Senkung des Abgabepreises pro Stück unausweichlich war.

Die Tatbestände der Verlustbilanz.

Der Tatbestand der Verlustbilanz liegt klar zutage. Auch die Tatbestände für die Vergrößerung des Defizits gegenüber dem Vorjahr. Wir geben sie in Ziffern der offiziellen Statistik und nach den Schätzungen einer offiziellen Autorität, des Reichsbankpräsidenten Schacht. Der Einfuhrüberschuß Deutschlands betrug für 1924 2,4 Milliarden, für 1925 mindestens 4,1 Milliarden. Die deutsche Volkswirtschaft hat danach an Abgabefähigkeit im Inland und Ausland 1925 1700 Millionen verloren. Einschließlich der Dawes-Anleihe befinden sich in Deutschland nach Schacht 3,5 Milliarden Auslandskredite. Davon mindestens eine Milliarde 1925 neu. Das bedeutet zum mindesten eine Erleichterung des Kapitalmangels und die Basis zur Erweiterung aller Geschäfte, auch gegenüber 1924. Die 1700 Millionen Rinderabzug waren dennoch die Folge. Die Ausnutzung der Produktionsanlagen ist dem Mengen- und Wertvertrag nach nicht gesteigert, sondern gesunken. Die Zahl der freigesetzten, d. h. nicht zu beschäftigenden Arbeitskräfte ist gegenüber Ende 1924 Ende 1925 mindestens verdoppelt, trotz der Steigerung der Marktkapazität im Inland durch Lohn- und Gehaltserhöhungen, trotz der Zuführung beträchtlicher Auslandskredite. Der Marktwert industrieller und agrarischer Unternehmungen, der von der Börse für Aktiengesellschaften im Kurswert, im freien Markt bei Verkäufen und Substationen festgestellt wird, ist bei der Industrie im Durchschnitt um ein Drittel, bei landwirtschaftlichen Gütern noch stärker gesunken. Der Wert der variabel an der Berliner Börse notierten Aktien ist 1925 nach Schacht von 6,2 auf 4,2 Milliarden zurückgegangen. Anfang 1925 notierten 48 Proz., Ende 1925 notierten weniger als 10 Proz. der Aktien über Par. Der Rückgang des Abzuges um 1700 Millionen, die Verdoppelung der freigesetzten Arbeitskräfte, der Wurz der Marktwerts der Unternehmungen sind die schließlichen Beweisdaten dafür, daß die Verlustbilanz der deutschen Volkswirtschaft sich 1925 absolut und relativ verschlechtert hat.

Ursachen — Verantwortlichkeit — Beseitigung der Unterbilanz.

Die Ursachen der Bilanzverschlechterung der deutschen Volkswirtschaft ergeben sich aus den Unterstellungen und den Feststellungen der deutschen Unternehmer gegenüber dem, was zur Rentabilisierung der Unternehmungen und zur Vollbeschäftigung der Anlagen als notwendig aufgezeigt wurde. Die Vollbeschäftigung der Anlagen und die Rentabilisierung der Unternehmungen wurden nicht durch Senkung der Preise und gleichzeitig der Gewinnansprüche, sondern durch die Kombination von hochgehaltenen und erhöhten Kartellpreisen und durch lösenlosen Schutzoll forcierten Weltabsatz gesucht. Die Auslandsverschuldung führte nicht zur Senkung, sondern weil sie als unproduktives Polster zur Durchhaltung zunehmend unterbeschäftigter Anlagen und zunehmend unzulänglicher Preise wirksam gemacht wurde, zur absoluten und relativen Erhöhung der Selbstkosten. Die Folge war die zunehmende Konkurrenzunfähigkeit, die in der Verringerung des Absatzes, und die zunehmende Unrentabilität, die in der Entwertung der Unternehmungen zum Ausdruck kommt. Die Verschlechterung aller Bedingungen zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Volkswirtschaft ergibt sich daraus selbst.

Die Frage der Verantwortlichkeit für dieses Ergebnis der deutschen Wirtschaftsbilanz ist als Tatfrage zu lösen. Im kapitalistischen System sind die Unternehmer für das Schicksal der Volkswirtschaft voll verantwortlich, wenn sie nicht nur die Verantwortung für die Bewirtschaftung der Produktionsmittel tragen, sondern auch die Staatsregierung stellen. Beides war im Jahre 1925 der Fall. Wenn die Entwicklung der Dinge sich gegen die Unternehmer menden, wenn die Staatsmaschine sich gegen die Wünsche der Unternehmer richten muß (Preisabbau, Kampf gegen Kartelle, Handelsverträge, Spezialisierungen „von hinten herum“, Kreditdrosselung), so geschieht das nicht trotz, sondern wegen des beherrschenden Einflusses der Unternehmer, nicht weil sich die Unternehmer als unfähig, sondern weil sie trotz schrankenloser Verfügungsgewalt sich als unfähig zur Wirtschaftsführung erwiesen haben.

Die Beseitigung der volkswirtschaftlichen Unterbilanz ist mit der Dauerlösung der heutigen Uebertrifft der Volkswirtschaft identisch. Dafür gibt es nur einen Weg: Abwendung der Preise soweit, bis die im Inland und Ausland erreichbare Kaufkraft zum Vollauf der Produktionsanlagen führt; Senkung der Gewinnansprüche, Verringerung des Gewinn beanspruchenden Bestkapitals bis zu solcher Tiefe, daß der heute mögliche (nicht der zukünftig erhoffte) Ertrag ausreicht, um neben dem neu aufzunehmenden fremden, auch den Rest des eigenen Kapitals zu verzinsen. Nicht nach den Wünschen der Unternehmer, sondern nach den Tatsachen der Volkswirtschaft, wie sie sind, ist die Krisis zu lösen. Die Verschrottung von Anlagen, nur um Augenblicksvertreibungen zu beseitigen und den Dauernotwendigkeiten aus dem Wege zu gehen, ist ein Verbrechen an der Volkswirtschaft. Rationalisierung der Betriebsvorgänge und Auslandskredite, aber so absolut notwendig sie sind und so wenig sie überflüssig werden können, können nur Hilfsmittel sein. Sie sind kein Weg. Die deutsche Arbeiterschaft hat darauf zu achten, ob diese Wege gegangen werden. Davon, daß sie gegangen werden, hängt auch ihr Schicksal ab.

Der „Schwebezustand“ der Landbank A. G.

In den Vorstand der Landbank A. G. wurden neu bestellt die Direktoren A. Scheide und Knoerrich. Bekanntlich wurde die Verwaltung in der jüngsten Generalversammlung ermächtigt, die zur Vermeidung des Konkurses erforderlichen Schritte zu tun bzw. nötigenfalls aus der Erfolgslosigkeit dieser Bemühungen die weiteren Konsequenzen zu ziehen. Wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ von gut unterrichteter Seite erzählt, besteht nach immer jene „Schwebezustand“, die schon zur Zeit der Generalversammlung bestanden hat. Die Verhandlungen mit dem preussischen Staat sind völlig auf dem toten Punkt angelangt. Innerhalb des Direktoriums der Landbank sind noch keine weiteren Beschlüsse gefaßt worden. Man neigt in Verwaltungskreisen zu der Auffassung, daß die Situation des Unternehmens doch nicht ganz so ernst sei, wie es nach den Darlegungen in der Generalversammlung schien.

Der Ausweis der Deutschen Reichsbank für den 23. Dezember ergibt eine Zunahme der Beschäftigung um 55,4 Mill. auf 1620,4 Mill. Mark. Dabei ist zu berücksichtigen, daß für 16,4 Mill. Mark Rediskonten neu an öffentliche Stellen abgegeben wurden. Damit betragen die Rediskontierungen rund 801,7 Mill. Mark. Die gesamte Kapitalanlage erfuhr eine Erhöhung um 58,2 Mill. Mark auf 1858,2 Mill. Mark. Im Zusammenhang damit hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 57,1 Mill. Mark auf 2623,4 Mill. Mark und der Umlauf an Rentendankscheinen um 36,5 Mill. auf 1393,3 Mill. Mark erhöht. Die Abflüsse an Zahlungsmitteln führten zu einer Abnahme der fremden Gelder um 52,5 Mill. auf 712,5 Mill. Die Bestände an Gold und Devisen vergrößerten sich um 7,2 Mill. auf 1609,8 Mill. Der Bestand an

Gold beträgt allein 1208 Mill. Mark. Die unzulässigen Noten waren durch Gold allein bis zu 46 Proz. (in der Vormoche 47,1 Proz.) und durch Gold und Golddevisen bis 61,4 Proz. (in der Vormoche 62,4 Proz.) gedeckt.

Aufhebung der Devisenumschlagsteuer. Die Reichsbank hält währungsrechtliche Gründe für die Aufrechterhaltung der Devisenumschlagsteuer nicht mehr für gegeben. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsminister von der Ermächtigung, die Steuer aufzuheben, Gebrauch gemacht.

Stagierter Chemische Fabrik vorm. Dörfler u. Gröneberg — Staatswerk. Die Gesellschaft, von der der anhaltische Staat einen Posten Aktien besaß, hat ebenso wie Concordia, Chemische Fabrik Leopoldshall, im Februar mit dem anhaltischen Staat eine geschäftliche Anhaltische Salzwerke einen Interessengemeinschaftsvertrag abgeschlossen. Im Verlauf dieses Vertrages haben die Anhaltischen Salzwerke den Aktionären von Stagfurt das Angebot gemacht, ihre Aktien zum Kurse von 40 Proz. zu übernehmen. Da nach einer Mitteilung in der Generalversammlung der größte Teil der Aktionäre von diesem Angebot Gebrauch gemacht hat, dürfte es nur noch wenig freie Aktionäre geben. Dies kommt auch in der Zusammenfassung des neuen Aufsichtsrats zum Ausdruck, in dem von 3 Mitgliedern 4 Angehörige der anhaltischen Landesregierung sind. Die erste Tat der neuen Verwaltung war der Ausbau der Werke, der auch jetzt noch nicht beendet ist. Dadurch war es möglich, den Abbau der Belegschaft in engsten Grenzen zu halten. Die Bilanz schließt bei einem Aktienkapital von 2.600.800 Mark mit einem Reingewinn von 26.000 Mark, die auf neue Rechnung vorgetragen werden. Infolge des Interessengemeinschaftsvertrages werden im Geschäftsbericht die Zukunftsaussichten optimistisch beurteilt.

Zusammenstoß im mitteldeutschen Luftverkehr. Bisher wett-eiferten die Städte Magdeburg, Erfurt und Halle im mitteldeutschen Luftverkehr. Sie haben sich jetzt zusammengeschlossen, um der Provinz Sachsen im Luftverkehr durch einheitliches Vorgehen einen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung zukommenden Platz zu sichern.

Die Ufa unter amerikanischer Botmäßigkeit. Viel Neues war den Ausführungen, die der Aufsichtsratsvorsitzende der Direktion der Deutschen Bank, von Stauff, in der Generalversammlung der Ufa machte, nicht zu entnehmen. Er unterstrich nur noch einmal, daß die amerikanische Filmindustrie ihre Vorherrschafft auf dem Weltmarkt ihrer finanziellen und technischen Ueberlegenheit und den damit verringerten Produktionskosten zu danken habe, und daß die Finanzschwierigkeiten der Ufa in erster Linie eine Folge des Expansionsdranges seien. Die Finanzschwierigkeiten der Ufa sind nicht etwa über Nacht gekommen, sondern schon vor einem Jahre wurde eine 15-Millionen-Dollarschuldenschein von dem Bankensyndikat übernommen. Sie konnte zum größten Teil nicht untergebracht werden. Die Ufa hatte nun vor kurzem mit der Uniperum Pictures Corporation wegen eines Freundschaftsvertrages und eines auf 10 Jahre zu gebenden Darlehens von 15 Millionen Mark verhandelt. Dieser Vertrag ist nicht zustande gekommen, dafür ein Vertrag mit zwei anderen amerikanischen Filmgesellschaften, der erheblich ungünstiger ist als der beabsichtigte. Die Ufa erhält von der Famous Players-Lasky Corporation (Paramount) und der Metro Goldwyn Distributing Corporation auf 10 Jahre ein sofort in voller Höhe zur Auszahlung kommendes Darlehen von 4 Millionen Dollar zu einem Zinssatz von 7½ Proz. Als Sicherheit für dieses Darlehen wird eine Hypothek auf das Ufa-Haus am Potsdamer Platz eingetragen. Zum Vertrieb der Spitzenproduktion der drei beteiligten Gesellschaften in Deutschland und im Ausland wird eine Vertriebsgesellschaft gegründet.

Wenn auch an der zu errichtenden Betriebsgesellschaft die Ufa mit 50 Proz. und die beiden amerikanischen Gesellschaften zusammen mit den restlichen 50 Proz. beteiligt sind, so wird die Ufa sich trotz ihrer formellen Gleichberechtigung aus finanziellen Gründen wohl oder übel den Intentionen der Amerikaner fügen müssen.

Schlechte Zeiten — guter Verabfah. Die von uns schon mehrfach geschilderte günstige Lage des Brauereigewerbes wird durch den Abschluß der Aktiengesellschaft Löwenbrauerei, Böhmisches Brauhaus bestätigt. Das Unternehmen war nicht nur in der Lage, bei einem Aktienkapital von 5,1 Millionen einen Reingewinn von 646.318 Mark zu erzielen, aus dem eine zwölfprozentige Dividende zur Verteilung gelangt, sondern die Erträge machten es ihm noch möglich, über ein Bankguthaben von 868.857 Mark zu verfügen, und dies, obwohl die Gesellschaft erhebliche Materialvorräte angehäuft hat.

Unternehmensaufsicht. Der Antrag der Firma Lemnitz, Reglaff u. Co., Bank-Kommanditgesellschaft auf Aktien in Berlin, auf Gewährung der Unternehmensaufsicht ist vom Amtsgericht Berlin-Mitte genehmigt worden.

Aus der Partei.

Das Heidelberger Programm.

Auf Beschluß des Parteivorstandes wurde dieser Tage eine Broschüre herausgegeben, die das neue Heidelberger Programm erläutert. Diese Broschüre (72 Seiten stark, Groß-Örtlich) wird im Buchhandel mit 1 Mark verkauft. Eine Massenausgabe ist in Vorbereitung, sie wird Mitte Januar fertiggestellt sein; ihr Vertrieb soll durch die Parteiorganisationen erfolgen, die sie an Parteigenossen für 20 Pf. abgeben.

Bei der Herausgabe der Broschüre leitete den Parteivorstand der Gedanke, an Stelle der verdienstvollen Schrift der Genossen Raushy und Schöniant über das Erfurter Programm eine gleichartige zu schaffen, die das neue Heidelberger Programm kommentiert. Die starke Verbreitung der früheren Raushy-Schöniant-Broschüre ließ erwarten, daß mit der Schaffung des neuen Programms eine starke Nachfrage nach einer Schrift einsetze werde, die die Forderungen und Ziele der Sozialdemokratie, entsprechend der politischen und wirtschaftlichen Umstellung im neuen Deutschland, gemeinverständlich darstellt.

Die Broschüre stellt eine Kollektivarbeit von zehn Genossen dar. Das ist sicher inhaltlich ihr Vorzug. Nicht wie ehemals kann heute eine einzelne Person die vielen Gebiete politischen Wissens in allen Einzelheiten übersehen, dazu sind die heutigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge zu kompliziert. Deshalb wurde die Erläuterung der einzelnen Abschnitte des Programms Parteigenossen übertragen, die als besondere Sachkenner der ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Kapitel gelten. So erläuterte Karl Raushy den theoretischen Teil des Programms; über Verfassung schrieb Friedrich Stampfer, über Verwaltung Otto Landsberg, über Justiz Alwin Senger, über Sozialpolitik Hermann Müller (Lichtenberg), über Kultur- und Schulpolitik Heinrich Schulz, über Finanzen und Steuern Wilhelm Keil, über Wirtschaftspolitik Robert Schmidt und über Internationale Politik Hermann Müller-Franken. Paul Kampffmeyer gab ihr zum Geleit ein kurzes Vorwort und einen Artikel über: „Eine Einführung in das Heidelberger Programm“, in dem er die ältere, heute fast vergessene, für die sozialistische Erkenntnis jedoch immer noch sehr wertvolle Literatur aufleben läßt.

Die Broschüre soll wie ihre Vorgängerin zur Vertiefung theoretischen, sozialistischen Wissens beitragen, eine Aufgabe der Partei, die in den letzten Jahren der überfüllten politischen Entwicklung naturgemäß etwas vernachlässigt wurde. Sie soll zugleich auch dem Referenten als Leitfaden für Vorträge über unser Programm dienen und damit die Grundlage für eine erfolgreiche Agitation schaffen. Dann werden Diskussionen über Nebenabschnitte in Versammlungen und Diskussionsabenden beiseite gedrängt und die Fragen der großen Ziele unserer Partei in den Vordergrund gerückt. Wir hoffen, daß die Broschüre diesen Zweck erfüllt und daß sie von den Parteigenossen stark begehrt wird.

Das Zehnkopfenstück.

Von Maxim Gorki.

(Autorisierte Uebersetzung von A. Stein.)

(Schluß.)

Der ungezogene März hatte Launen wie ein verwöhntes Kind: bald ließ er schwere Wolken dichten Schnees auf die Erde herabfallen, bald ließ er plötzlich die helle Sonne am Himmel erstrahlen, die in einer Stunde die Schneefläten auf dem dunklen Geäst der Bäume zum Schmelzen brachte. Es murmelte die kleinen Bäche, die aus den Schneehaufen hervordrehten, und deutlich vernimmt man, wie der in sich zusammenstürzende, unterhöhlte Schnee stöhnt und ächzt. Immer tiefer und breiter werden die blauen Einschnitte des Himmels zwischen der grauen Masse der aufgewirbelten Wolken. Und wenn man in diese bodenlosen Himmelslöcher hineinblickt, bekommt das Leben ein feierliches Gewand. Die ersten Frühlingsblumen blühen zuerst in der Seele und erst später in Feld und Garten.

Meine Meisterin erkrankte heftig und ihre Schwester besuchte sie fast jeden Tag. Wenn sie da war, nahm alles im Hause einen anständigeren, besseren Charakter an. Mit leichtwiegendem Körper glitt sie gleichsam über den gestrichenen Fußboden hin, ging geräuschlos aus dem Zimmer in die Küche, mit Handtüchern, die in Wasser und Essig getränkt waren, und Karaffen mit Fruchtlimonade in der Hand.

Als sie einmal sich die Hände wusch und mich lesen sah, fragte sie:

„Was liest du?“

Ich nannte den Titel des Buches.

„Du solltest lieber die Lebensgeschichte der heiligen Barbara lesen,“ rief sie mir, „das ist doch der Schutzengel deiner Mutter.“

„Und Sie sind mein Schutzengel,“ erwiderte ich, und soweit ich mich erinnern kann, sogar mit einer Bassstimme.

Und erschrak sofort über meine Frechheit. Was würde sie nun sagen? Aber sie blühte mich nicht einmal an und sagte nur:

„Gieh' mir doch etwas Wasser in die Schüssel...“

Nachdem sie ihre zarten Hände gewaschen, trocknete sie sie sorgfältig ab, blickte zum Fenster hinaus und sagte:

„Richtiges Tauwetter...“

In der Tat schmolz der Schnee sehr schnell in der Sonne, von den Dächern rieselte das Wasser in zahlreichen dünnen Strahlen, die wie mit bunten Steinen besetzte Silberfäden in der Sonne glänzten. Mein Herz brannte wie eine Fackel in der Brust.

Nach einiger Zeit kam der Meister in die Küche, warf seine langen Haare zurück und drohte mir streng mit dem Finger:

„Du Affe! Was hast du zu Olympiada gesagt?“

„Dah' sie wie ein Engel aussieht,“ gestand ich.

„Darf man so zu einer verheirateten Frau sprechen? ...“

„In den Büchern spricht man doch so!“

„Du verheirateten Frauen? Man mißt dir mit den Büchern über den Schädel hauen. Du, paß' mal auf! Sie weiß auch ohne dich, wie sie aussieht...“

Der Meister grinste bis zu den Ohren und verschwand. Mir ward es etwas trübselig zumute. Weshalb hatte sie sich über mich beschwert? Das hätte sie nicht tun sollen... .

Zwei Tage später, als sie in der Küche Fruchtlimonade zubereitete, sagte sie zu mir:

„Man beklagt sich über dich, daß du frech bist und eigenförmig, das ist nicht schön von dir!“

Ich hatte von ihr etwas anderes erwartet und fragte deshalb erdrosselt:

„Weshalb ist es nicht schön?“

„Das mußt du selber wissen.“

Da begann ich ihr zu sagen was ich dachte: Ob es schön sei, daß sie schweige, wenn in ihrer Gegenwart Gemeinheiten erzählt würden?

„Ich sehe doch, daß Sie sich schämen ihnen zuzuhören, sind Sie denn so wie die anderen? Das sind ja Schweine, schlimmer als betrunzene Wäscherinnen...“

Ich sagte ihr noch viele andere bittere Worte, während sie da stand, mich mit runden Augen anstarrte, den Mund halb geöffnet, als wollte sie schreien. Ihr Gesicht hatte einen vollkommen kindlichen Ausdruck, in der Hand hielt sie einen hölzernen Löffel, von dem der Fruchtsaft auf den Tisch tropfte.

„Still!“ rief sie plötzlich, indem sie mir mit dem Löffel drohte. „Schweig' doch still! Ach, was ist das für ein Bursche... Wenn ich mich nun über dich beschweren würde...“

„Sie sollen sich nicht beschweren, wollen wir lieber über die Wolga entziehen!“

„Wo—as? Wohin?“

„Über die Wolga, in die Wälder. Jetzt kommt bald der Frühling, wir werden uns schon durchzukuttern!“

Sie sank auf die Bank und fragte:

„Warum denn?“

„Können Sie denn mit den anderen hier leben?“

Und nun setzte ich ihr, so gut ich konnte, auselander, daß ich bereit sei, ihr bis zum Alter und zum Tode zu dienen, und daß sie es mit mir herrlich haben würde, oh, ich würde schon für sie sorgen! Sie begann leise zu lachen, was mir völlig unangebracht erschien. Lachend sagte sie dann:

„Ach du lieber Gott, wie komisch du doch bist, und wie du doch alles siehst! Was dir nur in den Sinn gekommen ist... Ueber die Wolga — ach, ich kann nicht mehr!“

Von Lachen geschüttelt entfernte sie sich, während ich in die Scheune ging, um Holz zu spalten. Nach einer halben Stunde kam der Meister zu mir und sagte:

„Hör mal, Burschen: Wenn deine Dummheiten und dein Geschwätz meiner Frau zu Ohren kommen, so werde ich dich nicht mehr in Schutz nehmen. Verstanden? ... Du bist wohl ganz verrückt geworden?“

„Wein getrieben dachte ich: Wie vertrauenselig sie doch ist — alles erzählt sie fremden Leuten!“

Das Osterfest war gekommen. Die blaue Luft ist erfüllt vom Frühlingsklang der Glocken, vom Geräusch der über das Pflaster rollenden Wagen, vom trunkenen Lärm des Frühlingsfestes.

Ich stand an der Tür, um sie den Beluchern zu öffnen, und wartete voll tiefer Erregung, daß sie erscheinen und ich ihr sagen würde:

„Christ ist erstanden!“

Da Wahrheit erstand! — würden sie antworten und mich dreimal mit ihren rosigen Lippen küssen. Vielleicht würde ich gleich danach auf der Stelle sterben — wenn sie mich nur küssen würde!

Nach wie hatten mich die feierlichen Trinkgelder der betrunkenen Gäste so tief verletzt wie diesmal. Ablehnen durfte ich



Schwarze Reichswehr geht ins ungewisse!
Kraus- und Jagdminister wechseln ab!
Untersuchungsans- und andre Schüssel!
Secht- und Sigt-Paraden, nicht zu knapp!
Schiele sucht die Religion zu retten.
Republik kriegt Marschallsepatellen.
Rechts und links wird heftig koaliert. —
Schlußbilanz: Es wurde stramm regiert! —



Landes-, Hochverrat und Ischekanonen!
Unermüßlich waltet das Gericht.
Feme schießt umher mit blauen Bohren.
Teufische Helden inhaftiert man nicht!
Amnestie für Ehrhardt und Banditen,
Zühewiß und andre Parasiten!
Rote Dichter kommen in Arrest. —
Schlußbilanz: Justiz in Treue fest! —



Heiliger nationaler Friedenswille!
Ehrensache! Kraus am Genfer See!
hergt verhandelt. Weisart macht Gebrülle.
Ruhrbesetzungsrunde! Großer Dreh!
Nach Locarno zieht die Strefemannschaft.
Hinten klumpen Pempen durch die Landchaft.
Weihnachtsglodenklang mit Marschmusik! —
Schlußbilanz: Zielsichere Politik! —



Großer Aufschwung unter Hochschuhjollen
Banken blühen unter Staatskredit.
Und die Brot- und Butterpreise schmelzen;
Und der Preisabbau schwillt feste mit!
Arbeitslosenziffern in Rekord!
Still und friedlich ist's bei uns geworden!
Jeder Dynastie, was ihr gebührt! —
Schlußbilanz: Wir sind total — sankert!

Inneres: Jahresbilanz.

Neuheres:

Ich nicht. Die schweißigen Zwanzigkopfenstücke brannten wie Feuer in meiner Hand und schienen mir so schwer wie eiserne Pfundstücke. Ich fühlte mich wie ein gläubiger Christ vor der Beichte; es schien mir, daß ich fähig und bereit sei, eine große Tat zu begehen; es war auch wirklich so: der erste Kuß einer Frau ist das größte Ereignis im Leben.

Endlich kam sie vorgefahren. Sie trug ein blaues Seidenkleid mit einem schwarzen Spigenwmbang und Zettperlen. Alles rothete und glühte an ihr.

Mit halberstimmter Stimme sagte ich:

„Christ ist erstanden!“

„In Wahrheit erstanden!“ erwiderte sie, ohne stehen zu bleiben, und steckte mir eine Münze in die Hand.

Es war ein altes, abgeschabtes Zehnkopfenstück mit einem kleinen Loch unter dem Adler.

An die Wand gepreßt, sah ich mit dem Blick eines Versinnigen, wie die feierlich gekleidete Frau die Treppe emporstieg. Meine Zuneigung war mit einem Schläge verschwunden. — dieses Zehnkopfenstück hatte wie ein scharfes Messer die Liebe aus meinem Herzen herausgeschnitten.

Am Abend schleuderte ich die Münze, den Preis meiner Liebe, in eine trübe Pfütze zerschmolzenen Schnees... .

... Später habe ich noch oftmals geliebt und oft Zehnkopfenstücke bekommen, — alte und neue.

Entwicklungsgeschichtliches vom Winter.

Von Herbert Henne.

Wir entnehmen den nachstehenden Aufsatzen den bekannten Uranio-Monatsheften für Naturwissenschaftler und Gesellschaftslehre.

Der Wechsel der Jahreszeiten beruht, wie allgemein bekannt, auf der geneigten Lage der Erdoberfläche zur Erdbahnebene. Ist der südliche Erdpol zur Sonne hingeneigt, so hat die südliche Halbkugel Sommer. Der Nordpol ist dann gleichzeitig von der Sonne abgewandt, er liegt auf der Schattenseite, und die nördliche Halbkugel hat Winter. Da die Erdoberfläche sich immer parallel gerichtet bleibt, sind nach einem halben Jahre (die Erde bewegt sich dann auf der entgegengesetzten Seite ihrer Planetenbahn um die Sonne) die Verhältnisse gerade umgekehrt. Frühling und Herbst sind Uebergangszeiten bei diesem Wechsel. Das war jedoch nicht immer so; auch die Jahreszeiten haben sich während der Entwicklung unserer Erde erst herausgebildet, obwohl die geneigte Stellung der Erdoberfläche wohl von Anfang an bestand.

Gehen wir zurück in die erste Weltzeit unseres Planeten, als er noch als glühender Gasball um die Sonne kreifte. Damals herrschte auf der ganzen Erde eine sehr hohe und gleichmäßige Temperatur. Die noch wesentlich höhere Strahlung der Sonne machte sich bei der gewaltigen Eigenwärme der glühenden Erde

kaum geltend. Durch fortwährende Wärmeabgabe in den umgebenden Weltraum hinaus kühlte sich der Erdball im Laufe der Jahrmillionen allmählich ab. An seiner Oberfläche verdichteten sich feuerflüssige Massen, aus denen sich schließlich nach so langen Zeiten, wie sie für derartige kosmische Vorgänge erforderlich sind, eine feste, wenn auch verhältnismäßig dünne Rinde absonderte, die die Erde umschloß, wie die Eierchale das Ei. Das in den ältesten Schichten in Kristallformen vorkommende, durch radioaktiven Zerfall entstandene Uranblei läßt mit großer Sicherheit vermuten, daß die erste feste Erdrinde sich vor rund 1 1/2 Milliarden Jahren gebildet hat. Lange noch strömten aus dem Erdinneren durch die dünne Gesteinsschicht der festen Oberfläche große Wärmemengen aus, die auch weiterhin noch bestimmend waren für ein gleichmäßiges heißes Klima auf unserem Gestirn. Da die sehr dicke Atmosphäre ein Durchdringen der Sonnenstrahlen sehr erschwerte, konnte die Sonne auf die Temperaturverhältnisse unseres Planeten auch damals noch keine allzu große Wirkung ausüben.

Mit der zunehmenden Dicke der festen Erdrinde verloren aber die im Erdinneren aufgespeicherten, enormen Wärmemengen ihre ausschlaggebende Bedeutung für das Erdklima. Wahrscheinlich konnten sich in dieser Periode der Erdgeschichte auch erstmalig Wasserfluten in größeren Massen aus der Atmosphäre verdichten und auf der festen Decke sammeln, die erste wichtige Voraussetzung für die Entstehung des Lebens auf unserem Planeten. Immer mehr trat nun die Sonne als Wärmependlerin in den Vordergrund, und damit kamen die eingangs erwähnten, in der Stellung der Erdoberfläche begründeten Ursachen für den Jahreszeitenwechsel zur Auswirkung.

Aus leicht erklärlichen Gründen waren es die Gegenden der Erdoberfläche, die von der Neuordnung der Temperaturverhältnisse am stärksten betroffen wurden. Die bisher vorherrschende tropische Temperatur wich im Winter, also zu einer Zeit, in der der betreffende Pol von der Sonne abgewandt war, einem kühleren Klima, ja, es kam schließlich durch weiteres Erfalten des Erdballes sogar zur Eisbildung, die in den Eiszeiten, wie Archenius annimmt, vielleicht auch durch Veränderungen in der Zusammensetzung der Erdatmosphäre ungeheure Dimensionen annahm.

Für das Leben auf der Erde war der Werdegang dieser Verhältnisse von ungeheurer Tragweite. Namentlich die Kälteperioden erforderten Anpassungen an härtere Lebensbedingungen und förderten durch eine damit verknüpfte schärfere Auslese die Höherentwicklung der Lebensformen. Auch unter menschlichen Geschlechtern hat darin einen besonders wichtigen Faktor seiner Entwicklung zu erblicken.

Eine Riesen-Silvesterbowle. Den größten Neujahrspunsch, der jemals gebraut worden ist, ließ der amerikanische Admiral Pastoren im Jahre 1760 den Offizieren seiner Flotte vorsetzen. Ein großes Marinorbeden diente als Bowle. Hinein kamen: 600 Flaschen Rum, 600 Flaschen Cognac, 1200 Flaschen Malagawein, 4 Tonnen kochendes Wasser, 800 Stück geriebene Mustatmüsse, 20 Pfund Vanille, 600 Pfund Zucker und der Saft von 2600 Zitronen. Was mögen die heutigen trocken gelegten Amerikaner zu diesem „Rezept“ sagen?

Unser

INVENTUR

VERKAUF

IN FAST ALLEN ABTEILUNGEN

beginnt

Sonnabend, den 2. Januar

Es gelangen

Restbestände und andere Gelegenheitsposten

teilweise bis

50%

unter den regulären Preisen zum Verkauf

Beachten Sie unsere morgen erscheinenden Aufkündigungen

Beachten Sie unsere morgen erscheinenden Aufkündigungen

HERMANN TIETZ

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne
7 1/2 Uhr:

Dattierich
Morgen

3 Uhr: Dattierich

5 U: Der betriete

Staats-Theater

Opernhaus

6 1/2: Zigeunerbaron

Opernhaus

am Königsplatz

6 1/2: Fledermaus

Schauspielhaus

7 U: Im weißen Rößl

Schiller-Theater

5 U: Charleys Tante

Städtische Oper

Charlottenburg

7 Uhr:

Orpheus in der

Unterwelt

Deutsches Theater

7 Uhr:

Das Mädchen

v. Hellbrunn

von Kleist

Regie: Engen Klöpfer

Kammerspiele

7 Uhr:

Lysistrata

von Donnay

Regie: E. Engel

Die Komödie

Kurfürstendamm 267

7 Uhr

Gesellschaft

von Galsworthy

Regie: M. Reinhardt

Lessing-Th.

Heute 7 Uhr

Premiere

Maiernax

Musik. Schwank

v. L. Jacobsen u.

R. Geisler

Musik v. H. Hirsch

Kleines Th.

7 Uhr:

Figuranten

von Bräbeak

Regie: Geyer

Trianon-Th.

7 Uhr:

Kleine Sklavin

v. Dietrichschmidt

Regie: Goldberg

Th. a. Hollendorfer

Silvester 7 Uhr:

Die offizielle

Frau

Operette in 3 Akten

SOLO

8 Uhr:

Internat.

Varieté

1. Neujahrstag

Premiere:

2

Vorstellungen

330 zu erhaltigen

Prisenz:

Prisenz:

Prisenz:

Prisenz:

Großes Schauspielhaus

Für Dich

CHARELL-REVUE

TÄGLICH 8 1/2

Die

Silvester-

vorstellung

beginnt 7 1/2 Uhr

Preise nicht erhöht.

Residenz-Th.

7 Uhr:

Die Durchgängerin

Spd. Kleine Preise

3/4 Scherwittchen

Sonn. nachm. 3/4

Kleine Preise

jugendfreunde

Thalia-Th.

Wiederauftreten

Leite Neumann

7 Uhr:

Annemarie

Spd. 3/4 (Kl. Pr.)

Wänsch u. Gretel

Sonn. nachm. Kleine Pr.

3/4 Annemarie

Theater in der

Kommandantenstr.

7 Uhr:

Die blond. Mädels

Spd. 3/4 Kl. Pr.

Soßbüppchen

Siz. 3/4 Kleine Pr.

D. blonden Mädels

Theat. d. Westens

Die gold. Spinne

Heute 7 1/2 Uhr:

Das Spiel

Berliner Theater

Revue-Operette

7 1/2 U: Messalina

Walhalla-Theater

Schöngeweg im Reich. 10

Heute 7 1/2 Uhr:

Das Mädchen

ohne Ehre

Anschließend

Silvesterball

der Filmsterne

Preise: 6.00-2.-

knowty-Üben

Königsplatz-Str.

7 Uhr:

Zum 1. Male:

Sineux Jax will

er sich machen

Schwuppen zu sehen

1. u. 3. Jan. nachm.

3/4 U. Kl. Preise

Wie es auch geht.

Die Tribüne

8 Uhr:

Die tolle Tante

1. u. 3. Jan. nachm.

3/4 U. Kl. Preise

Zurück zu Weibchen

1. Teil.

Komödienten

8 Uhr:

Die neuen Herren

1. u. 3. Jan. nachm.

3/4 U. Kl. Preise

Kopf oder Schrift.

U. Theater i. d.

Lützowstr. 112

Verlorene Mädchen

Central-Theater

8 U: Der Fremde

Herrnfeld

im Intim.Th. 7 1/2 U.

Es war Herrfeld

Familie Schmock

Milieu-Komödie

aus Berlin W. 13 Akt

Casino-Theater

Täglich 8 Uhr:

Die tolle Posse

Der

Meisterboxer

Der Spiel des Numori!

u. das neue Progr.

Metropol-Theater

Heute 7 Uhr:

die gr. Revueposse

No no Nanette

im 3. Akt: Erstes

Auftreten

Josma Sellm-

Ralph Benatzki

Admiralpalast

8 1/4 Uhr täglich

HAIR-REVUE

Stefanie

Wells 505

60

BILDER

Neue Silvester

Nach der Vor-

stellung

Gr. Ball

in all. Räumen

des Theaters

Jeden Sonntag

nachm. 8 Uhr

Komische

7 1/2 Oper 7 1/2

SILVESTER

Unsere Revue

Die beste Vorbereitung

zur Silvesterfeier!

Von A bis Z

Große Revue in 40 Bildern mit

300 Mitwirkenden. — Das Ge-

waltigste, was je an Ausstattung

pracht auf einer Bühne gezeigt

worden ist. Kleine Eintrittspreise

Sport Palast

Heute 8.30 Uhr

Ein Silvesterball in Oberhof

Die überdeckte Eisarena als Ballsaal

9 Uhr Tanzspiel, Thüring. Bilderbogen

12 Uhr: Einzug des neuen Jahres

Lebe Oberhofen! — Schachspiel 3 Kapellen

Eintritt M. 4.— Reservierter Tisch M.

M. 2.— Zuschlag: Gesellschaftsantrag

1. 8 1/2 Uhr nachm. Voller Eislaufbetrieb

2 mal Eisballiett

Jan. 4.30 U. nachm. u. 10.30 U. abends

Das große Kunstlaufprogramm

2. 10.30 Uhr nachm. Voller Eislaufbetrieb

Jan. 5. Uhr nachm. 10.30 Uhr abends

Eintritt M. 1.— bis M. 2.—

Saalbau Friedrichshain

Größte

Silvesterfeier Berlins

Münchener Metz

Bühnenschau

Silvesterball

Überraschungen jeglicher Art

Neujahr

Wiederholung u.

Sängerwettbewerb

Silvesterscherze

Wellenzer-Scherzen 20 St.

Reinhold-Witze 20 St.

Witz-Unterhalt. (Scherzen) 20 St.

Spitzwörter 20 St.

Zirkus der 10000

Neue Autohalle am Kaiserdamm

Silvester-Gala-Vorstellung

in 30 Teilen

Freiheitsdresuren — Tiger zu Pferde

3 Raubtiergruppen, 3 Luftsenkationen

Dirktor Carl Boland — Erleichte Ballettruppen

Ferner am Neujahrstag

Zwei Vorstellungen 4 und 8 Uhr

Nachmittags halbe Preise — jeder Erwachsene

1 Kind frei. — Vorverkauf: Alle Wertheim-

kassen und Neue Autohalle a. Kaiserdamm

(Telephon Westend 3755)

Neue Welt

A. Scholz u. Hasenheide 108-114

Sonntag, den 3. Januar 1926:

Eröffnung der bayer. Bockbiersaison

Ausstoß des berühmten Bergschloß-Jubiläum-Bock

Aufzug Sonntags 4 Uhr, wochentags 7 Uhr

Großer Alpenball

8 Kapellen / 10 bayer. Madi / Neue Dekorationen

Jed. Dienstag: Scherzbraten — Jed. Donnerstag: Scherzgeschichten